

ISSN: 0939-5687

tz**b**

Thüringer Zahnärzte- blatt

01 | 2014



- Umfrage:
Erwartungen an die
Große Koalition ▶ 10
- Kammerversammlung:
Positionen und
Beschlüsse ▶ 5
- Zahngesundheit PLUS
im Alter: Ergebnisse
des Präventions-
modells ▶ 14

tzb

Anzeige

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



das Weihnachtsfest und die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel liegen hinter uns, wenn auch der Winter mit seiner weißen Pracht nicht so mitgespielt hat, wie es sicher viele von uns erhofften. Aber die kalte Jahreszeit hat ja gerade erst begonnen und wird sicherlich noch im neuen Jahr Einzug halten.

Im Namen der Vorstände, Geschäftsführungen und aller Mitarbeiter unserer Körperschaften möchten wir Ihnen hiermit für das neue Jahr unsere besten Wünsche übermitteln, die in erster Linie Ihrem persönlichen Wohl, sowie dem Wohl Ihrer Familien und dem Ihrer Mitarbeiter gelten sollen. Ebenso soll es im neuen Jahr nicht am beruflichen Erfolg fehlen, für welchen neben der Arbeit eines jeden Kollegen selbst, auch die Gesundheitspolitik der neuen Bundesregierung wesentlich mit verantwortlich sein wird.

Rund drei Monate nach der Bundestagswahl haben wir endlich eine neue Regierung, die sich in ihrem Programm sehr viele Dinge vorgenommen hat, die richtig Geld kosten werden. Dass das nicht unser Geld sein soll – bisher sind keine Steuererhöhungen geplant – erscheint uns mittelfristig als nicht realistisch. Auch der Kurs für die Weiterentwicklung der Krankenversicherung in der Regierungszeit der neuen Großen Koalition ist noch nicht klar definiert. Für die Ärzte sind neue, bis ins Detail reichende Regelungen geplant, die mit Sicherheit den Arbeitsablauf in der Arztpraxis belasten und den Patienten wenig Vorteile bringen werden.

Wir Zahnärzte sind im Koalitionsvertrag mit keinem Wort erwähnt, was auch ein Novum ist.

War man in der Vergangenheit froh, wenn die Politik in ihrem immer differenzierten Gestaltungsstreben uns in Ruhe lies, sind andererseits trotz vieler wichtiger Regelungsentscheidungen der letzten Bundesregierung noch eine ganze Reihe von Fragen offen.

Auch die Besetzung unseres Ministeriums in Berlin ist für uns alle dann doch ein wenig überraschend gewesen. Herr Gröhe ist auf der Bundesebene zwar bekannt, aber bisher hat ihn niemand mit Gesundheitspolitik in Verbindung gebracht. Auch der Staatssekretär war bisher nur auf anderen Politikfeldern aktiv. Wobei diese Bemerkungen in keiner Weise eine Beurteilung sein sollen, vielleicht wendet sich auch Vieles zum Guten.

Eins scheint jedoch felsenfest zu stehen, einen Bürokratieabbau wird es auch mit dieser Regierung nicht geben, es wird langsam, aber kontinuierlich immer mehr.

Für uns Zahnärzte gibt es allerdings im neuen Jahr noch eine Änderung, die die letzte Bundesregierung noch auf den Weg gebracht hat. Ab dem 2. Quartal werden neue Möglichkeiten der zahnärztlichen Berufsausübung in stationären Pflegeeinrichtungen geschaffen, um die Betreuung pflegebedürftiger Patienten weiter zu verbessern. Darüber werden wir gesondert informieren.

Auch die Diagnostik und Therapie der frühkindlichen Karies wird mit neuen Leistungspositionen versehen und darüber hinaus wird es im neuen Jahr zu einer lange überfälligen Erhöhung des Zahnersatz-Punktwertes und der Zahntechnischen Bundesmittelpreise kommen, wenn auch erst zum 2. Quartal. Damit gleichzeitig treten die dann auch neu festgelegten Festzuschuss-Preise für Zahnersatz in kraft.

Vielleicht wissen wir dann auch schon, in welche Richtung der gesundheitspolitische Kurs der neuen Bundesregierung weist. In Thüringen ist dann allerdings schon wieder Landtagswahlkampf, und wir werden Ihnen rechtzeitig die gesundheitspolitischen Ziele und Programme unserer im Landtag vertretenen Parteien vorstellen.

Gerade deshalb wird auch in diesem Jahr die Vertretung der Interessen unserer Mitglieder oberste Priorität in unserer gemeinsamen standespolitischen Arbeit haben. Gleich zu Beginn des Jahres werden wir unsere intensiven Gespräche mit allen politisch Verantwortlichen auf Landes- und, wenn man sich dort eingerichtet hat, auch auf Bundesebene weiterführen, um zu erreichen, dass wir in Thüringen weiter an das Honorarniveau unserer westlichen Kollegen herankommen. Der Osten hat ja in den letzten Jahren und dank der letzten schwarz-gelben Koalition glücklicherweise ein ganzes Stück des Wegs zurückgelegt, aber wir sind noch nicht am Ziel. Dieses gilt es zu erreichen. Es wird schon spannend werden, obwohl bisher noch keine Konturen sichtbar sind.

Sie können sicher sein, auch im nächsten Jahr werden Landeszahnärztekammer Thüringen und Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen nicht nachlassen, dafür Sorge zu tragen, dass unsere Praxen sich im Wesentlichen um die Behandlung ihrer Patienten kümmern können – und das mit vernünftigen betriebswirtschaftlichen Eckdaten. Was wir an administrativen Aufgaben der Zahnärzte in den Körperschaften erledigen können, wollen wir weiterhin von Ihnen abwenden. In diesem Sinne nochmals die besten Wünsche für das neue Jahr und alles Gute.

*Ihr Dr. Andreas Wagner
Präsident der LZK Thüringen*

*Ihr Dr. Karl-Friedrich Rommel
Vorsitzender der KZV Thüringen*

Editorial 3



Landeszahnärztekammer

Kammerversammlung beschließt Haushalt 5
Beschlüsse der Kammerversammlung 5
Gesundheitspolitischer Start ins Superwahljahr . . . 7
Beiträge zum Versorgungswerk 7
Zahl der ZFA-Azubis steigt um fünf Prozent 8



Kassenzahnärztliche Vereinigung

Zahngesundheit PLUS – auch im Alter 14
Stellungnahme Lachgassedierung 16
Auf Kuck folgt Carl 17
Treffen der VW-Vorsitzenden 17



Spektrum

„Altern mit Biss“ – Zahnmedizin im Alter 9
Schlaflos in Suhl 9
Was erwarten Sie von der Großen Koalition? . . . 10
„Ich stehe für eine offene Diskussionskultur“ . . . 19
Weiterbildung einmal anders 20

Weitere Rubriken

Service 12 *Kleinanzeigen 22*
Glückwünsche 21 *Kondolenz 22*

Thüringer Zahnärzteblatt

23. Jahrgang

Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt der Landes Zahnärztekammer Thüringen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Thüringen

Herausgeber:
Landeszahnärztekammer Thüringen und Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen

Dr. Andreas Wagner (v.i.S.d.P. für Beiträge der LZKTh)
Dr. Karl-Friedrich Rommel (v.i.S.d.P. für Beiträge der KZVTh)

Redaktion:
Dr. Christian Junge (LZKTh)
Dr. Karl-Heinz Müller (KZVTh)
Matthias Frölich (LZKTh)

Anschrift der Redaktion:
Landeszahnärztekammer Thüringen
Barbarosshof 16, 99092 Erfurt
Tel: 03 61 74 32 -136
Fax: 03 61 74 32 -236
E-Mail: presse@lzkth.de
Internet: www.lzkth.de

Leserpost:
leserbriefe@lzkth.de
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe zu kürzen. Als Leserbriefe gekennzeichnete Beiträge und wörtliche Zitate müssen nicht die Meinung der Herausgeber darstellen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Anzeigenannahme und -verwaltung:
Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Holbeinstr. 73, 99096 Erfurt
Tel: 03 61 7 46 74 -80, Fax: -85
E-Mail: info@kleinearche.de
Internet: www.kleinearche.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 11 seit 01.01.2012.

Anzeigenleitung:
Birgit Schweigel
Anzeigen und Beilagen stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Einlagenwerbung erfolgt im Verantwortungsbereich der LZKTh.

Gesamtherstellung/Satz/Layout:
WA Kleine Arche GmbH

Druck und Buchbinderei:
Druckhaus Gera GmbH

Titelbild: Deutscher Bundestag/
Achim Melde

Einzelheftpreis: 4,90 €
Jahresabonnement: 53,91 €
jeweils inkl. Versand und ges. MwSt.

Februar-Ausgabe 2014:
Redaktions- und Anzeigenbuchungsschluss: 24.01.2014
Auflage dieser Ausgabe: 2700
ISSN: 0939-5687

Kammerversammlung beschließt Haushalt

Diskussion über Bundestagswahl und Bundesversammlung der deutschen Zahnärzte

Von der großen europäischen Politik bis hin zu den Rentenanwartschaften der Thüringer Zahnärzte reichten die Themen der Kammerversammlung am 27. November 2013. Weitere wichtige Tagesordnungspunkte waren die Haushaltsplanungen der Landeszahnärztekammer und des Versorgungswerkes für das Jahr 2014.

Einstimmig beschloss die Kammerversammlung den Haushaltsplan über insgesamt 3,08 Mio. Euro. Der Haushaltsansatz liegt etwa 3 Prozent über den Ausgaben des Jahres 2012, in dem ebenso wie in 2014 ein Thüringer Zahnärztetag stattfand.

Erhöhung der Rentenanwartschaften

Die Kammerversammlung billigte auch die Dynamisierung der Ruhegeldzahlungen des Versorgungswerkes um 1 Prozent. Die Rentenbemessungsgrundlage wurde auf 45.143 Euro festgelegt, was einer Erhöhung der Anwartschaften um ebenfalls 1 Prozent entspricht.

Zuvor hatte Kammerpräsident Dr. Andreas Wagner die politischen Positionen der Zahnärzte-

schaft nach der Bundestagswahl dargelegt. Er bekräftigte seine Forderung an die Bundes- und Länderregierungen, die neue zahnärztliche Approbationsordnung endlich umzusetzen. „Wir müssen die anstehenden Landtagswahlen nutzen und die Erfüllung dieser längst überfälligen Aufgabe einfordern“, sagte Dr. Wagner. Er hält dabei auch ein gemeinsames Vorgehen mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena für unbedingt notwendig.

Umsetzung der neuen Approbationsordnung

Deren Professor Harald Küpper sprach angesichts der Verzögerungen in der Politik von einem Stück aus dem Tollhaus, übte aber auch Selbstkritik: „Unser Berufsstand hat sicherlich Fehler gemacht, da sich die einzelnen Fachgesellschaften nicht ausreichend abgesprochen hatten.“

Dr. Karl-Friedrich Rommel verwies darauf, dass die Zahnärzte und ihre neue Approbationsordnung im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung nicht erwähnt wurden. An die Verabschiedung der neuen Approbationsordnung schon im Jahr 2014 glaubt er daher nicht.



Dr. Andreas Wagner

Foto: LZKTh

Erhalt der Freien Berufe

Unverständnis äußerte Dr. Wagner für die von einzelnen Organisationen initiierte Zerstörung des Bundesverbandes der Freien Berufe. „Die Kündigung der Mitgliedschaft von Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung ist angesichts der Bestrebungen der Europäischen Union, die Freien Berufe für mehr Marktwachstum zu opfern, völlig kontraproduktiv. Besonders für unsere Forderung nach weniger Bürokratie brauchen wir ein einheitliches Handeln aller Freien Berufe in einer schlagkräftigen Interessenvertretung.“

LZKTh

Beschlüsse der Kammerversammlung

Beschluss Nr. 29/13

Antragsteller: Der Vorstand der Landeszahnärztekammer Thüringen

Betreff: Haushaltsplan der Landeszahnärztekammer Thüringen für das Jahr 2014

Beschlusstext: Die Kammerversammlung beschließt den vorgelegten, vom Vorstand der Kammer festgestellten und vom Finanzausschuss bestätigten Haushaltsplan der Landeszahnärztekammer Thüringen für das Jahr 2014.

Begründung: Auf der Grundlage des § 6 (j) der Satzung der Landeszahnärztekammer Thüringen ist jährlich der Haushaltsplan aufzustellen.

Der vorliegende Haushaltsplan wurde am 28.08.2013 vom Vorstand der Kammer festgestellt und am 16.10.2013 vom Finanzausschuss der Kammerversammlung geprüft und zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Kammerversammlung möge den Haushalts-

plan einschließlich des Stellenplanes für das Jahr 2014 beschließen.

Abstimmungsergebnis:

abgegebene Stimmen: 44

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschluss Nr. 30/13

Antragsteller: Vorstand der Landeszahnärztekammer Thüringen

Betreff: Vorschlagsliste für die zahnärztlichen Mitglieder der Berufsgerichte und Landesberufsgerichte für Heilberufe

Beschlusstext: Die Kammerversammlung beschließt, folgende Mitglieder als ehrenamtliche Richter für das Berufsgericht für Heilberufe und das Landesberufsgericht für Heilberufe dem Justizministerium vorzuschlagen:

A – Für das Berufsgericht für Heilberufe beim Verwaltungsgericht Meiningen:

- Herr PD Dr. Eberhard Kirschbaum, Gotha
- Herr Dr. Diethard Marr, Steinbach-Hallenberg
- Herr Dr. Frank Obermüller, Meiningen
- Herr Andreas Reichel, Elgersburg
- Herr Dr. Ingo Schlundt, Sulzdorf
- Herr Dr. Reinhard Soeberdt, Tonndorf
- Herr DS Detlev Wöpke, Meiningen

B – Für das Landesberufsgericht für Heilberufe beim Thüringer Obergericht in Weimar:

- Frau Dr. Marion Enseleit, Buttstedt
- Herr Dr. Ingo Schmidt, Arnstadt
- Herr Dr. Axel Kirchner, Weimar
- Frau Dr. Suzann Popp, Erfurt-Tiefthal
- Herr Dr. Gunter Reißig, Legefild
- Frau Dr. Christina Köhler, Weimar

Begründung: Mit Ablauf des 31.05.2014 endet die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter für das Berufsgericht für Heilberufe und für das Landesberufsgericht für Heilberufe. Somit sind zum

01.06.2014 neue ehrenamtliche Richter durch das Ministerium zu berufen. Die Aufstellung der Vorschlagsliste steht gem. § 6 Abs. 1 Buchstabe s) der Satzung der Kammerversammlung zu. Die vorgeschlagenen Kollegen haben bereits in der laufenden Amtszeit die Aufgabe wahrgenommen. Die Meldung an das Justizministerium muss bis Dezember 2013 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

abgegebene Stimmen: 44

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschluss Nr. 31/13

Antragsteller: Der Verwaltungsrat des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen

Betreff: Budgetplanung des Versorgungswerkes der Kammer für das Jahr 2014

Beschlusstext: Die Kammerversammlung nimmt das vom Verwaltungsrat des Versorgungswerkes beschlossene und vom Finanzausschuss bestätigte Budget des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen für das Jahr 2014 entgegen.

Begründung: Auf der Grundlage des § 6 (1) Buchstabe m) der Satzung der Kammer und § 3 (2) Buchstabe b) der Satzung des Versorgungswerkes ist jährlich das Budget für das Versorgungswerk der Kammer aufzustellen und durch die Kammerversammlung entgegenzunehmen. Das vorliegende Budget wurde am 11.09.2013 vom Verwaltungsrat festgestellt und am 16.10.2013 vom Finanzausschuss der Kammerversammlung geprüft und zur Entgegennahme empfohlen. Die Kammerversammlung möge das Budget des Versorgungswerkes für das Jahr 2014 entgegennehmen.

Abstimmungsergebnis:

abgegebene Stimmen: 44

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschluss Nr. 32/13

Antragsteller: Der Verwaltungsrat des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen

Betreff: 1. Dynamisierung für die am 31.12.2013 laufenden Versorgungsbezüge zum 01.01.2014, 2. Festlegung der Rentenbemessungsgrundlage für das Jahr 2014

Beschlusstext: Die Kammerversammlung beschließt aufgrund der Ergebnisse der versicherungsmathematischen Bilanz zum 31.12.2012 die Dynamisierung für die am 31.12.2013 laufenden Versorgungsbezüge in Höhe von 1,0 Prozent sowie die Festlegung der Rentenbemessungsgrundlage für das Jahr 2014 auf EUR 45.143,00.

Begründung: Aufgrund der Ergebnisse der von Herrn Dipl.-Mathematiker Gerhardt Ruppert erstellten versicherungstechnischen Bilanz empfiehlt der Verwaltungsrat des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen der Kammerversammlung, die am 31.12.2013 laufenden Versorgungsbezüge in Höhe von 1,0 % zu dynamisieren. Er empfiehlt, die Rentenbemessungsgrundlage für das Kalenderjahr 2014 auf EUR 45.143,00 festzulegen. Dies entspricht einer Erhöhung der Anwartschaften um 1,0 %.

Die Beschlussfassung erfolgt auf Grundlage § 3 (2) Satz 2 Buchstabe f) und g) der Satzung des Versorgungswerkes.

Abstimmungsergebnis:

abgegebene Stimmen: 41

Ja-Stimmen: 40

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

Beschluss Nr. 33/13

Antragsteller: Verwaltungsrat des Versorgungswerkes

Betreff: Änderung der Satzung des Versorgungswerkes

Beschlusstext: Die Kammerversammlung beschließt die Änderung der Satzung des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer zum 01.01.2014 in der als Anlage beiliegenden Form gem. § 6 Abs. 1 a) der Satzung der Landeszahnärztekammer.

Begründung: Die Kammerversammlung beschließt gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3 Buchstabe a) und Absatz 2 der Satzung der Kammer in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Satz 3 Buchstabe a) der Satzung des Versorgungswerkes über die Änderung der Satzung des Versorgungswerkes der Kammer. Die Änderung erfolgt in Anlehnung an die Regelung der gesetzlichen Rentenversicherung in § 210 SGB 6. Die Änderung ist zwingend erforderlich, um den Sonderausgabenabzug der Beiträge zum Versorgungswerk bei der Einkommensteuerberechnung nicht zu gefährden.

Abstimmungsergebnis:

abgegebene Stimmen: 41

Ja-Stimmen: 41

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschluss Nr. 34/13

Antragsteller: Der Verwaltungsrat des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen

Betreff: Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen im Versorgungswerk

Beschlusstext: Die Kammerversammlung beschließt: Sollte für Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und Reisekostenerstattungen, die vom Versorgungswerk der Landeszahnärztekammer Thüringen gezahlt wird, durch die Bezieher Umsatzsteuer zu entrichten sein, ist diese zu erstatten. Die Regelung wird rückwirkend zum Dezember 2012 in Kraft gesetzt.

Begründung: Seit Anfang 2012 steht das Thema „Umsatzsteuer für Bezüge aus ehrenamtlicher Tätigkeit“ zur Diskussion. Die ABV als Interessenvertretung der berufsständischen Versorgungswerke vertritt die Auffassung, dass die Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 a UStG. auch für die Aufwandsentschädigungen der Ehrenamtsträger in den berufsständischen Versorgungswerken gelten muss.

Aus der Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums (BMF) lässt sich dazu Folgendes entnehmen: Das BMF beurteilt die Sachlage eher so, dass der Umfang der Vergütung und die Art der Tätigkeit (das Versorgungswerk unterhält einen Versicherungsbetrieb) steuerrechtlich eher nicht für eine ehrenamtliche Tätigkeit, wie im allgemeinen Sprachgebrauch üblich, sprechen. Die Wohnsitzfinanzämter sind zuständig.

Für den Fall, dass die Wohnsitzfinanzämter die Verwaltungsratsvorsitzenden (nur diese wären betroffen) zur Umsatzsteuer veranlagten, hätten diese erstmals für Dezember 2012 eine Umsatzsteuererklärung abzugeben bzw. die Umsatzsteuer, gegebenenfalls mit Widerspruch, zu entrichten. Die Kammerversammlung wusste bei Festlegung der Aufwandsentschädigung, dass diese beim Bezieher der Einkommensteuer unterliegt. Dass der Bezieher gegebenenfalls nunmehr zusätzlich 19 Prozent Umsatzsteuer abzuführen hätte, war nicht berücksichtigt. Es handelt sich also um eine Zusatzbelastung von 19 Prozent, die den Wert der bewilligten Aufwandsentschädigungen entsprechend schmälern würde. Dieser Nachteil soll ausgeglichen werden.

Abstimmungsergebnis:

abgegebene Stimmen: 42

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 8

Gesundheitspolitischer Start ins Superwahljahr

Neujahrsempfang mit zahlreichen Gästen aus Politik und Gesundheitswirtschaft

„Die Zahnärzte haben ganz wesentlich dazu beigetragen, Thüringen zu einem Gesundheitsland zu entwickeln“, lobte Dr. Hartmut Schubert, Staatssekretär im Thüringer Sozialministerium, die engagierte Arbeit der Thüringer Zahnärztinnen und Zahnärzte. Der gemeinsame Neujahrsempfang von Kammer und KZV bildete den gesundheitspolitischen Auftakt eines ereignisreichen Jahres 2014 mit der Landtagswahl im Herbst.

Mehr als 80 zahnärztliche Standespolitiker sowie Vertreter aus Fachgesellschaften, Gesundheitspolitik, Krankenkassen und Gesundheitswirtschaft waren am 8. Januar 2014 zum Neujahrsempfang gekommen. Dabei sprachen sich die gesundheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP in seltener Einmütigkeit für die Beibehaltung der Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung der Zahnärzteschaft sowie für eine schnelle Umsetzung der neuen zahnärztlichen Approbationsordnung aus.

Aber auch unterschiedliche politische Ziele wurden erkennbar: So plädierte Jörg Kubitzki (DIE LINKE) dafür, die Anstellung von Zahnärzten in



Aufmerksame Zuhörer bei den Statements der Politiker

Foto: LZKTh

Landambulatorien oder Medizinischen Versorgungszentren zu verstärken. Marian Koppe (FDP) erinnerte an die parlamentarischen Initiativen seiner Fraktion u. a. zur besonderen zahnärztlichen Prävention von Menschen mit Behinderungen. Christian Gumprecht (CDU) warb darum, die Politik rechtzeitig zu mahnen, wenn Regelungswut und Bürokratie die Arbeit in den Zahnarztpraxen weiter einschränken.

LZKTh

Dr. Andreas Jacob im Landesvorstand des LFB

Dr. Andreas Jacob ist neuer Vertreter der Landeszahnärztekammer im Vorstand des Landesverbands der Freien Berufe Thüringen e.V. Er löst den ebenfalls aus Weimar stammenden Tilo Richter ab, der das Amt auf eigenen Wunsch hin aufgab.

LZKTh

Beiträge zum Versorgungswerk

Im Januar 2014 werden an alle beitragspflichtigen Mitglieder die Beitragsbescheide mit den individuellen Beitragsfestsetzungen für das Kalenderjahr 2014 versandt. Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Renten-

versicherung (Ost) als Berechnungsgrundlage der Beiträge erhöht sich für alle Mitglieder auf monatlich 5.000,00 Euro. Der Beitragssatz für angestellte Mitglieder bleibt wie 2013 auch in 2014 bei 18,9 Prozent.

LZKTh

Angestellte Mitglieder	monatlich	jährlich
Beitragsbemessungsgrenze	5.000,00 €	60.000,00 €
Beitragssatz	18,90 %	18,90 %
Höchstpflichtbeitrag (AV-max.) gem. § 15 Abs. 3 Buchst. a	945,00 €	11.340,00 €
Mindestbeitrag gem. § 14 Abs. 2	189,00 €	2.268,00 €
Höchstbeitrag gem. § 14 Abs. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 (1,3-facher AV-max.)	1.228,50 €	14.742,00 €

Niedergelassene Mitglieder	monatlich	pro Quartal	jährlich
Beitragsbemessungsgrenze	5.000,00 €		60.000,00 €
Beitragssatz	17,00 %	17,00 %	17,00 %
Regelbeitrag gem. § 15 Abs. 2 Buchst. a	850,00 €	2.550,00 €	10.200,00 €
Mindestbeitrag gem. § 14 Abs. 2	189,00 €	567,00 €	2.268,00 €
Höchstbeitrag gem. § 14 Abs. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 (1,3-facher AV-max.)	1.228,50 €	3.685,50 €	14.742,00 €

Zahl des Monats

643

Kilogramm Holz, 10.250 Liter Wasser, 2.111 kWh Energie und 56 Kilogramm CO₂ spart künftig die Herstellung einer einzigen Monatsausgabe des Thüringer Zahnärzteblattes (Quelle: Initiative Pro Recyclingpapier). Seit dieser Ausgabe wird das tzb auf Recyclingpapier gedruckt, das zu 100 Prozent aus Altpapier besteht und mit dem Blauen Umweltengel zertifiziert ist. Ist es Ihnen aufgefallen?

Damit ist das tzb das erste Zahnärzteblatt in Deutschland, das komplett aus Recyclingpapier besteht. Die Zahnärzte im grünen Herz Deutschlands setzen sich so erkennbar für einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie für die Erhaltung ihrer Umwelt ein.

LZKTh

Zahl der ZFA-Azubis steigt um fünf Prozent

Regionale Verteilung der Auszubildenden ist ausgeglichener als in den Vorjahren

Von Dr. Robert Eckstein

Die zurückliegende Vermittlungssaison für die zukünftigen Zahnmedizinischen Fachangestellten begann 2013 mit der Sorge um den Berufsschulstandort Nordhausen. Schriftlich wurden die Praxen aufgerufen, mehr Auszubildende einzustellen. Der Appell hatte Erfolg: In Nordhausen gehen in diesem Schuljahr 2013/14 wieder 21 Auszubildende in die Berufsschule.

Damit sind in diesem Jahr alle Berufsschulstandorte gesichert. Die Gesamtzahl der Auszubildenden hat sich im Bereich der Landeszahnärztekammer Thüringen um 5 Prozent auf 136 Azubis erhöht. Auch ist die Verteilung über Thüringen deutlich ausgeglichener als in den Vorjahren. Für ein zukünftiges stabiles Fachkräfteangebot ist das sehr wichtig.

22 Umschüler in Praxen und Berufsschulen integriert

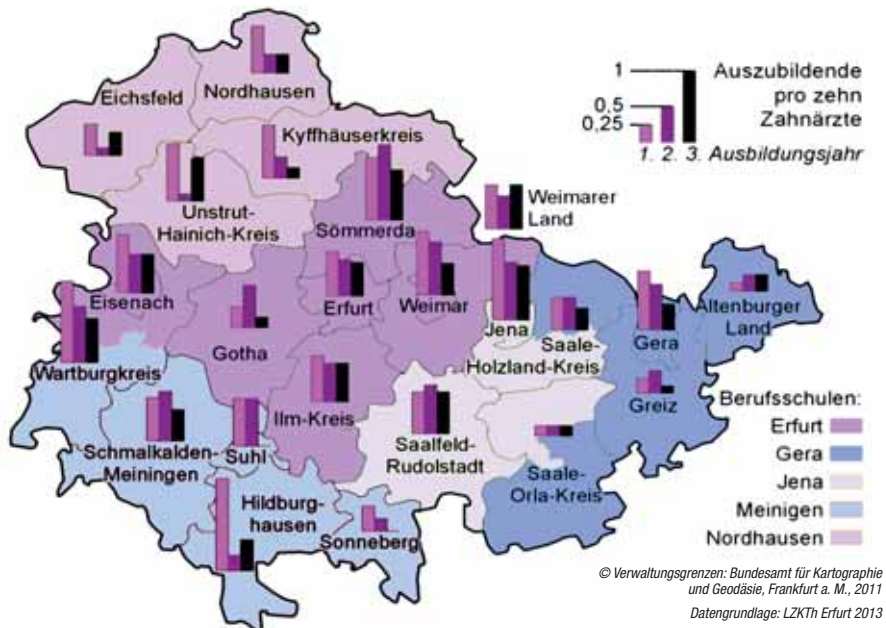
Das Ergebnis ist so erfreulich wie erstaunlich, denn die Gesamtsituation auf dem Ausbildungsmarkt bleibt unverändert schwierig: Es gibt viele Ausbildungsstellen und doch zu wenig Bewerber. Der Vorstand dankt daher allen Ausbildungspraxen ganz ausdrücklich für ihr Engagement.

Ein Teil des Ergebnisses ist auf 22 Umschüler zurückzuführen, die in den Praxen eine Umschulung begonnen haben und in die Berufsschulklassen integriert werden. Die Mitarbeiterinnen der Kammer werden sich speziell um diese Umschüler kümmern.

Abbruchquoten weit unter Landesdurchschnitt

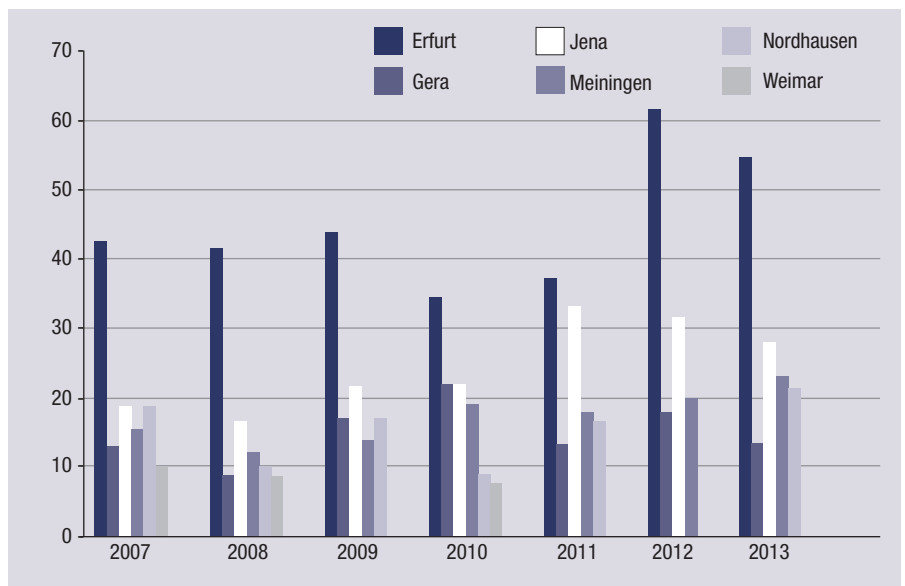
Regelschüler sind mit über 70 Prozent die am häufigsten vertretenen Schulabgänger. Die Zahl der Abiturienten hat sich dagegen deutlich auf 7 Prozent verringert.

Positiv ist die geringe Abbruchquote. Zum Ende der Probezeit hatten nur 11 Prozent der Auszubildenden ihren Ausbildungsvertrag wieder aufgelöst und sich eine komplett andere Ausbildung gesucht. Der Landes- und Bundesdurchschnitt liegt hier bei 25 bis 30 Prozent. Den meisten Praxen und Auszubildenden, die sich in der Probezeit getrennt hatten, konnte durch das Referat umgehend ein neuer Azubi bzw. eine neue Ausbildungspraxis vermittelt werden.



ZFA-Auszubildende in Thüringen 2013

Grafik: Simon Eckstein



ZFA-Auszubildende an den Berufsschulstandorten

Grafik: LZKTh

Bewerber durch Praktika kennenlernen und testen

Ab sofort beginnt die Suche und Planung für die Ausbildung 2014. Alle Praxen, die für 2014 die Einstellung einer Auszubildenden planen, sollten frühzeitig mit der Suche nach geeigneten Bewerbern beginnen. Praktika sollten genutzt werden, um die Bewerber kennenzulernen und auf ihre Eignung für den Beruf zu testen.

Die Mitarbeiter des Referates Ausbildung stehen den Praxen sowie den Auszubildenden in allen Situationen mit Rat und Tat zur Verfügung.



Dr. Robert Eckstein ist niedergelassener Zahnarzt in Meiningen und Vorstandsreferent der Landeszahnärztekammer für die Aus- und Fortbildung des Praxispersonals.

„Altern mit Biss“ – Zahnmedizin im Alter

Herbst-TGZMK-Tagung in Weimar zur zahnärztlichen Betreuung von Senioren

„Altern mit Biss“ war das aktuelle Thema der Herbsttagung der Thüringer Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde am Universitätsklinikum Jena e. V. Die zahnärztliche Betreuung von Senioren bildete den Rahmen der praxisorientierten Tagung am 23. November 2013 in der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen in Weimar.

Mit dem Fortschreiten des demografischen Wandels wächst auch im zahnmedizinischen Bereich der Bedarf an altersgerechten Präventions- und Therapiekonzepten stetig. So standen adäquate Behandlungsoptionen in Oralchirurgie, Implantologie, Parodontologie und Prophylaxe im Mittelpunkt der Tagung. Die Tagungsleitung um PD Dr. Wilfried Reinhardt legte einen Fokus auf das

Verständnis für die altersbedingten motorischen und kognitiven Einschränkungen sowie Co-Morbiditäten der älteren Patienten.

Besondere Versorgung von Demenzpatienten

Mit Hilfe einer Alterssimulation hatten die Tagungsteilnehmer im begleitenden Hands-on-Kurs „Der geriatrische Patient“ die Möglichkeit, in die Perspektive der Betroffenen zu wechseln. Sie konnten sich in die alltäglichen altersbedingten Einschränkungen von Senioren hineinversetzen und persönliche Eindrücke und Erfahrungen sammeln. Weitere Diskussionsthemen waren die spezielle Mundhygiene im Alter und die Besonderheiten bei der zahnärztlichen Versorgung von Demenzpatienten.

Die Frühjahrstagung der TGZMK findet am 24. Mai 2014 statt.

Conventus



221 Teilnehmer informierten sich über die speziellen Herausforderungen der professionellen zahnmedizinischen Betreuung im Alter.

Foto: Conventus

Internet: www.conventus.de/tgzmk/

Schlaflos in Suhl

Fortbildungsnachmittag zu schlafbezogenen Atmungsstörungen

Von Dr. Steffen Klockmann

Am 27. November 2013 fand im SRH Zentralklinikum Suhl auf Einladung der dortigen Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde eine Veranstaltung zur „Diagnostik und Therapie schlafbezogener Atmungsstörungen in der HNO-Heilkunde“ statt. Aufgrund einer Vielzahl neuer Erkenntnisse aus den letzten Jahren sollte eine praxisorientierte Übersicht für das Themengebiet aufgezeigt werden.

Zu Beginn begrüßte der wissenschaftliche Leiter und Chefarzt der Klinik, Dr. Daniel Böger, im gut gefüllten Vortragssaal das Auditorium, welches aus 6 Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher Fachgebiete (darunter neun Zahnärzte) bestand. Dies war für den Gastgeber gleichzeitig Anlass, die Notwendigkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit auf diesem Gebiet als Grundlage für eine erfolgreiche Therapie zu betonen.

Die seit zwei Jahren an der Suhler HNO-Klinik etablierte Sprechstunde für schlafbe-

zogene Atmungsstörungen (SBAS) vertritt diesen Ansatz konsequent und bietet ein umfangreiches Diagnostik- und Therapiespektrum an.

Polygraphie und Polysomnographie

Dr. Jens-Uwe Bauer, Chefarzt der Suhler Klinik für Pneumologie, Beatmungs- und Schlafmedizin, betrachtete in seinem Vortrag die Stufendiagnostik der SBAS. Er erklärte ausführlich und anschaulich mit Videos und Grafiken die Grundlagen und Auswertung der Polygraphie und Polysomnographie.

Mit viel Charme konnte Dr. Nikolaos Mandrakas – extra aus Wuppertal angereist – überzeugend aus seiner langjährigen Erfahrung als Oberarzt und Leiter des Schlaflabors der St. Anna Klinik in Wuppertal über Indikation, Durchführung und Einfluss der Schlafvideoendoskopie auf das Therapiekonzept bei Patienten mit SBAS berichten.

Unterkieferprotrusionsschiene als Alternative

Nach der Pause und dem Besuch der vielfältig gestalteten Industrieausstellung stellte Dr. Steffen Klockmann, Zahnarzt aus Erfurt, eine Übersicht und sein Konzept der Unterkieferprotrusionsschienen als apparative Alternative zur Behandlung von SBAS vor. Vor allem bei den leichten bis mittelgradigen obstruktiven Schlaf-Atmungsstörungen sind die durch den spezifisch („fachlich gebildeten“) geschulten Zahnarzt und Zahntechniker hergestellten Schienen mit guten Ergebnissen indiziert und wissenschaftlich anerkannt.

Den Nachmittags in Suhl beschloss Dr. Christoph Böttcher aus der Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde mit einer aktuellen Betrachtung des Stellenwertes und der Grenzen der operativen Therapie bei SBAS.

Dr. Steffen Klockmann ist niedergelassener Zahnarzt in Erfurt und Mitglied der AG Berufseinsteiger der Landeszahnärztekammer Thüringen.

Was erwarten Sie von der Großen Koalition?

Positionen und Forderungen der Thüringer Zahnärzte an die Bundespolitik

Deutschland hat gewählt – und nach langen Verhandlungswochen eine erneute Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD bekommen. Die Bürgerversicherung scheint (vorerst) abgewendet. Die Zusatzbeiträge für finanzschwache gesetzliche Krankenkassen sollen abgeschafft, die Krankheitsprävention gestärkt, die Krankenhausfinanzierung reformiert werden...

Das Thüringer Zahnärzteblatt zeigt ein erstes Stimmungsbild der Thüringer Zahnärzte: Was erwarten Sie von der künftigen Bundesregierung? Welches sind die drängendsten Probleme, um die sich die Politik kümmern soll?

Diskutieren Sie mit und senden Sie Ihr eigenes Statement per E-Mail an leserbriefe@lzkth.de! LZKTh

Dr. Andreas Jacob (Weimar)



– Weiterentwicklung der beiden Krankenversicherungssysteme in ein offenes freies Versicherungssystem
– Einführung „einer“ Honorarordnung mit individueller Preisgestaltung (Steigerungsfaktor analog der jetzigen GOZ) – wertneutral für uns Zahnärzte

- größere Durchlässigkeit der beiden Systeme (z. B. Verbesserung der Wechselmöglichkeiten)
- stärkere Berücksichtigung des Datenschutzes (eGK)
- Entlastung der Praxen von überbordenden bürokratischen Forderungen, wie z. B. überzogene Dokumentations- und Aufklärungspflichten, sowie Hygieneanforderungen
- neue Approbationsordnung
- keine Aufweichung der Anforderungen für die Freien Berufe durch die EU-Gesetzgebung
- Erhaltung und Unterstützung der Selbstverwaltungen der Zahnärzteschaft
- Planungssicherheit für die niedergelassenen Praxen
- Freiberuflichkeit nicht kommerziellen Interessen opfern

Kerstin Blaschke (Schmalkalden)



Das Gesundheitswesen in Deutschland steht vor großen Aufgaben: Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft, die medizinisch versorgt werden soll. Demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt verursachen hohe Kosten, während die finanziellen Ressourcen begrenzt sind.

Die gesetzliche Krankenversicherung steht derzeit finanziell gut da. Doch das ist eine Momentaufnahme, die nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass die Gelder nicht ausreichen, um die Gesundheitsausgaben von morgen zu finanzieren. Die Bundesregierung muss deshalb ein zukunftsfähiges Konzept erstellen und Reformen für ein finanzierbares Gesundheitswesen auf den Weg bringen.

Dr. Christian Junge (Friedrichroda)



Deutschland hat gewählt und niemand ist so recht zufrieden. Manchmal frage ich mich, wie man wohl eine Woche nach Bekanntgabe des Ergebnisses in einer zweiten Bundestagswahl gewählt hätte.

Eine Große Koalition scheint die beste Voraussetzung, um in einem breiten Konsens die Probleme auch im Gesundheitssystem zu lösen. Ich erwarte die Umsetzung unserer Forderungen:

- Freiberuflichkeit sichern durch Stärkung der Selbstverwaltung
- Patientenrechte wahren ohne bürokratische Überregulierungen
- Stärkung der Prävention für Risikogruppen, besonders bei Kindern unter drei Jahren, Alten, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung
- Novellierung der Approbationsordnung
- Erhalt und Anpassung des dualen Systems von GKV und PKV an die demografische Entwicklung und den medizinischen Fortschritt



Wahl der Bundeskanzlerin am 17. Dezember 2013

Christian Herbst (Eisenach)



Die CDU hat gewonnen, alle anderen haben verloren. Nun ist der Preis eine Große Koalition, das war sicher nicht unsere Wunschvorstellung.

Es wird eine Politik der Kompromisse geben. Das heißt, vieles wird nur halbherzig oder verwaschen entschieden. Die Aufgaben in der Gesundheitspolitik sind auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung groß. Die Koalitionsunterhändler Spahn und Lautenbach waren sich relativ schnell einig während ihrer Verhandlungen – das sollte uns schon Bedenken machen.

Umso wichtiger wird es, dass unsere Standespolitiker mit den drei Säulen klare Positionen beziehen und nach außen gemeinsam mit einer Sprache für unseren Berufsstand sprechen. Nur gemeinsam sind wir stark.



Foto: Deutscher Bundestag/Achim Melde

Barbara Furch (Zella-Mehlis)



Das Deutsche Gesundheitswesen steht vor dem Wandel: Aus demografischer Sicht und durch den medizinisch-technischen Fortschritt, der den Bürgern auch zugänglich sein sollte, werden die finanziellen Mittel

der gesetzlichen Krankenkassen in der Zukunft nicht ausreichen. Auch die privaten Krankenkassen müssen ihre Beiträge anpassen.

Dazu brauchen wir ein zukunftsorientiertes Konzept in der Gesundheitspolitik, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Leider sind wir in den vergangenen Legislaturperioden immer wieder in unseren Erwartungen enttäuscht worden. Deshalb stelle ich an die neue Regierung die Forderung, sich diesen Aufgaben zu stellen, und die Patienten, Ärzte und Zahnärzte nicht länger im Regen stehen zu lassen.

Dr. Hans-Jörg Köhne (Nordhausen)



Es steht wieder einmal eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD an. Das ist auf jeden Fall besser als Rot-Rot-Grün.

Wir haben in Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Ich erwarte von der neuen Regierung, dass das duale System von GKV und PKV erhalten wird. Nur so bleiben unsere Freiberuflichkeit und die freie Arztwahl unserer Patienten erhalten. Des Weiteren wünsche ich mir von der neuen Regierung, dass noch mehr für die Vorsorge und Betreuung der älteren Menschen unternommen wird.

Ralf Roth (Bad Salzungen)



An die derzeitige Politikeinstellung stelle ich keine Forderungen. Ich sehe bei keinem Politiker den Willen noch die Fähigkeiten, um Forderungen unseres Berufsstandes erfüllen zu können. Aus diesem Grund habe ich

nur die Hoffnung, dass man uns vor unausgegorenen und handwerklich schlecht produzierten Gesetzen und Reformen bewahrt. Dann könnten wir unserer Präzisionsarbeit in Ruhe nachgehen.

Vielleicht könnte man anstelle dessen Bürokratie tatsächlich abbauen und dafür nicht erst neue Kommissionen und Abteilungen einrichten. Und vielleicht könnte die Politik angesichts von Rekordsteuereinnahmen an Schuldenabbau und nicht an Steuererhöhung denken.

Dr. Joachim Dobmeier (Sonneberg)



Ich würde mich über eine Stärkung der Eigenverantwortung unserer Praxen freuen – ohne Einmischung von Seiten der Regierung.

Thüringen kompakt



Erfurt hat die geringste Apotheken-Dichte der 50 größten Städte Deutschlands. Nach einer Auswertung des Lifestylemagazins „Men's Health“ auf Basis von Daten der Landesapothekerkammern besitzt die Thüringer Landeshauptstadt 0,19 Apotheken pro Quadratkilometer Stadtfläche. Spitzenreiter ist München mit 1,3 Apotheken je Quadratkilometer und einer deutlich höheren Einwohnerzahl pro Quadratkilometer. Jede Apotheke in Deutschland versorgt durchschnittlich rund 3.900 Menschen.

Medizinische Nothilfe schwebt in Thüringen immer öfter vom Himmel. Durchschnittlich etwa 14 Mal täglich ging ein Rettungshubschrauber im Jahr 2012 in die Luft. Die Zahl der Einsätze stieg im Vergleich zu 2011 (4.804) um 5,3 Prozent auf insgesamt 5.060 Flüge, so die Techniker Krankenkasse. Der in Jena stationierte Hubschrauber Christoph 70 des ADAC bewältigte mit 1.414 Flügen (plus 3,7 Prozent) die meisten Einsätze. Zusätzlich betreibt die DRF Luftrettung den Christoph 37 in Nordhausen mit 1.303 Einsätzen (plus 7,9 Prozent), den Christoph 60 in Suhl mit 1.197 Flügen (plus 5,9 Prozent) und den Intensivtransporthubschrauber Christoph Thüringen in Bad Berka mit 1.146 Einsätzen (plus 4 Prozent).

Das Honorarvolumen der Thüringer Vertragsärzte lag im Jahr 2012 erstmals knapp unter der Milliardengrenze. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung stieg die Vergütung im Vergleich zum Vorjahr um 11,4 Prozent auf 993 Millionen Euro. Die Abrechnungsfälle blieben mit rund 17 Millionen etwa gleich. Die Zahl der abrechnenden Humanmediziner erhöhte sich um 41 auf 4.033.

Das SRH Wald-Klinikum Gera hat den SRH Qualitätspreis 2013 gewonnen. Zum einen wurde ein verbessertes radiologisches Prozessmanagement ausgezeichnet, das die Strahlenbelastung der Patienten minimieren soll. Zum anderen wurde die verbesserte Kommunikation zwischen Ärzten und Apothekern geehrt, die in regelmäßigen Treffen über die Medikation der Patienten beraten, um unerwünschte Wechselwirkungen von Arzneimitteln sowie falsche Dosierungen zu vermeiden.

LZKTh

Ihre Ansprechpartner in der LZK Thüringen

Landeszahnärztekammer Thüringen
Barbarosahof 16, 99092 Erfurt

Telefon 0361 7432-0
Telefax 0361 7432-150

E-Mail info@lzkth.de
Internet www.lzkth.de

Sachgebiet	Mitarbeiter	Telefon	E-Mail
Geschäftsführer	Henning Neukötter	0361 74 32 -111	h.neukoetter@lzkth.de
Stellv. Geschäftsführerin und Abteilungsleiterin Fort- und Weiterbildung	Elke Magerod	0361 74 32 -102	e.magerod@lzkth.de
Assistenz Geschäftsführung und Vorstand	Nicole Sorgler	0361 74 32 -103	info@lzkth.de
Sekretariat Geschäftsführung und Vorstand	Ulrike Bargfleth	0361 74 32 -111	sekretariat@lzkth.de
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, tzb	Matthias Frölich	0361 74 32 -136	presse@lzkth.de
Mitgliederverwaltung	Angelika Kiel	0361 74 32 -104	mv@lzkth.de
Fort- und Weiterbildung	Kerstin Held	0361 74 32 -107	fb@lzkth.de
Fort- und Weiterbildung	Monika Westphal	0361 74 32 -108	fb@lzkth.de
Kreisstellen, Seniorenbetreuung	Juliane Burkantat	0361 74 32 -116	krst@lzkth.de
Ausbildung ZFA, Aufstiegsfortbildung ZMV	Ellen Brocke	0361 74 32 -139	zfa@lzkth.de
Aufstiegsfortbildung ZMF und ZMP	Marina Frankenhäuser	0361 74 32 -113	zmf@lzkth.de
Röntgenstelle	Jana Nüchter	0361 74 32 -115	zrst@lzkth.de
Zahnärztliche Praxisführung, Recht, BuS-Dienst, Qualitätsmanagement	Julia Jung	0361 74 32 -112	zaeba@lzkth.de
Patientenberatung, GOZ, Gutachter, Schlichtung	Claudia Grobe	0361 74 32 -121	pb@lzkth.de
Abteilungsleitung Buchhaltung	Ute Forberg	0361 74 32 -105	bh@lzkth.de
Buchhaltung	Sebastian Hoffmann	0361 74 32 -106	bh@lzkth.de
EDV	Sibylle Büttner	0361 74 32 -110	edv@lzkth.de
Telefonzentrale, Post	Christine Müller	0361 74 32 -100	c.mueller@lzkth.de
Versorgungswerk der Landeszahnärztekammer Thüringen			
Geschäftsführer	Peter Ahnert	0361 74 32 -142	p.ahnert@lzkth.de
Rentenverwaltung, Mitgliederverwaltung, EDV	Kati Rechtenbach	0361 74 32 -143	k.rechtenbach@lzkth.de
Verwaltung/Organisation	Heidrun Schöffler	0361 74 32 -144	vw@lzkth.de
Vorstand der Landeszahnärztekammer Thüringen			
Präsident	Dr. Andreas Wagner, Erfurt	03 61 225 1930	zahnarzt.wagner@t-online.de
Vizepräsident	Dr. Gunder Merkel, Schmalkalden	0 36 83 60 17 04	dr.med.gunder.merkel@t-online.de
Kreisstellenarbeit/Öffentlichkeitsarbeit	Dr. Christian Junge, Friedrichroda	0 36 23 30 43 42	ch.junge@t-online.de
Zahnärztliche Fort- und Weiterbildung	Dr. Guido Wucherpfennig, Erfurt	0361 6 42 29 35	ggwucherpfennig@t-online.de
Fort- und Weiterbildung des Praxispersonals	Dr. Robert Eckstein, Meiningen	0 36 93 50 27 62	drroeck@t-online.de
GOZ, Patientenberatung, Gutachterwesen/Schlichtung	Dr. Gisela Brodersen, Erfurt	0361 59 86 70	zahnarztpraxis@dr-brodersen.de
Praxisführung / Leiter Zahnärztliche Röntgenstelle	Dr. Matthias Seyffarth, Jena	0 36 41 44 17 39	matthias.seyffarth@t-online.de
außerhalb des Vorstandes tätig:			
Patientenberatung	Dr. Angelika Krause, Sömmerda	0 36 34 390 57	dr.angelika.krause@t-online.de
Gutachter/Schlichtung	Dr. Ingo Schmidt, Arnstadt	0 36 28 60 25 62	dr.ingo.schmidt@t-online.de
Verwaltungsrat des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen			
Vorsitzender	Mathias Eckardt, Schleusingen	0368 41 33 30	praxis@z-m-e.de
Stv. Vorsitzender	Dr. Reinhard Friedrichs, Waltershausen	0 36 22 90 25 16	friedrichs_reinhard@t-online.de
Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Thüringen e. V.			
Vorsitzender	Michael Uhlig, Gera	0365 800 2971	mc.uhlig@t-online.de
Geschäftsführerin	Heike Eicher	0361 74 32 -114	lagj@lzkth.de

Ihre Ansprechpartner in der KZV Thüringen

Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen
 Theo-Neubauer-Straße 14, 99085 Erfurt

Telefon 0361 6767-0
 Telefax 0361 6767-108

E-Mail info@kzv-thueringen.de
 Internet www.kzv-thueringen.de

A	Abrechnung	
	Frau Kötschau	0361 6767-332
	Abschlagszahlungen	
	Frau Pforte	0361 6767-131
	Assistenten	
	Frau Ruda	0361 6767-117
B	BKV	
	Frau Otte	0361 6767-139
D	Degression	
	Frau Hintze	0361 6767-106
F	Festzuschüsse	
	Frau Döpping	0361 6767-128
	Frau Bruns	0361 6767-320
	Formularausgabe	
	Poststelle	0361 6767-149
	Fortbildung	
	Frau Walter	0361 6767-119
H	Honorarverteilung	
	Frau Hintze	0361 6767-106
J	Justitiariat	
	Frau Borowsky	0361 6767-172
K	KCH/KFO	
	Frau Tuschy	0361 6767-343
	Kreisstellen	
	Frau Ruda	0361 6767-117
M	Medisign-ZOD-Karte	
	Frau Lensen	0361 6767-166
N	Neu niedergelassene Zahnärzte	
	Frau Walter	0361 6767-119
	Notdienst-Hotline bei Problemen	
	Frau Ruda	01 75 2745462
	Herr Muth	01 71 7346097
	Notdienst allgemein	
	Frau Ruda	0361 6767-117
O	Online-Abrechnung (technische Probleme)	
	Herr Neebe	0361 6767-140
	Herr Steinert	0361 6767-135
P	PAR-KB	
	Frau Jürschke	0361 6767-121
	Praxissoftware, Genehmigung	
	Frau Grohmann	0361 6767-120
	Prothetik-Einigungsausschuss	
	Frau Lensen	0361 6767-166
	Prothetische Beratungsstelle der KZV	
	Frau Döpping	0361 6767-128
	Prüfstelle	
	Frau Wächter	0361 6767-152
	Frau Walther-Pranke	0361 6767-322
	Punktwerte	
	Frau Lensen	0361 6767-166
R	Rechtsfragen	
	Frau Borowsky	0361 6767-172
	Frau Wagner	0361 6767-173
	Register und Bedarfsplanung	
	Frau Ruda	0361 6767-117
V	Veranstaltungen	
	Frau Walter	0361 6767-119
	Vertretungen und Krankheits- und Urlaubsmeldungen	
	Frau Ruda	0361 6767-117
	Vorstand	
	Herr Dr. Rommel	0361 6767-105
	Herr Dr. Panzner	0361 6767-105
	Herr Rommeiß	0361 6767-105
Z	Zahlungsverkehr	
	Herr Carl	0361 6767-129
	Zahnersatz	
	Frau Döpping	0361 6767-128
	Frau Kirchner	0361 6767-340
	Frau Willberg	0361 6767-171
	Zulassung	
	Frau Wagner	0361 6767-173
	Zentrale Notdienstnummer	
	Hotline	01 80 5908077

Im Falle des Ausfalls der Festnetztelefonanlage der KZVTh ist im Internet die Mobilfunkrufnummer 01 70 549 72 63 angegeben, unter welcher Sie uns dann erreichen können.

Zahngesundheit PLUS – auch im Alter

Anmerkungen zu den Ergebnissen des Präventionsmodells

Von Dipl.-Jur. Annette Hintze
und Dr. Uwe Tesch

Auf Initiative der KZV Thüringen und der AOK PLUS suchten im Zeitraum Januar bis März 2013 Thüringer Vertragszahnärzte Bewohner von Pflegeeinrichtungen zur zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchung auf. Teilgenommen haben an diesem Projekt über 245 Zahnarztpraxen. Unter ihnen natürlich zahlreiche, die bereits schon über Jahre Bewohner in diesen Einrichtungen betreuen, aber auch manche neuen Kollegen, die sich aktuell dieser Aufgabe stellten. Ziel dieses Projektes war, Daten über den oralen Gesundheitszustand, den Behandlungsbedarf sowie die Behandlungsmöglichkeiten zu eruieren. Nicht minder bedeutsam war aber auch die Kontaktaufnahme mit den Bewohnern selber sowie auch mit der einen oder anderen pflegerischen Einrichtung, in der bisher keine zahnärztliche Vorortbetreuung erfolgte. Epidemiologische Studien (z. B. DMS IV, SHIP u. a.) geben bereits Auskunft über den prinzipiell vorhandenen objektiven Bedarf auf Grund der sich wandelnden demographischen Situation in unserem Land. Daten zur aktuellen Situation in Thüringen und hier speziell zur Situation im pflegerischen Bereich sind jedoch nicht vorhanden. Erhebt die vorliegende Untersuchung auch nicht den Anspruch auf eine wissenschaftliche Studie, so sind die nunmehr vorliegenden Zahlen dennoch wertvoll. Mit fast 7.000 untersuchten Bewohnern in 242 Pflegeeinrichtungen erlauben sie eine detaillierte Vorstellung über die Situation in diesem Bereich. 82.322 Pflegebedürftige lebten zum Stichtag (15.12.2011) in Thüringen, davon 23.828 Menschen (29%) in 379 stationären Einrichtungen. Somit wurde im stationären Bereich eine repräsentative Stichprobe von ca. 30% (!) erreicht. Gegenstand der Untersuchungen war die Ermittlung eines zahnmedizinischen Behandlungsbedarfs anhand der Kriterien Zahnerkrankung, Mundschleimhauterkrankung, Mängel an vorhandenem Zahnersatz sowie fehlender Zahnersatz. Weiterhin wurden ein vorhandener Behandlungswunsch sowie die Behandlungsmöglichkeit (objektiv/subjektiv) und die Durchführung der Zahn- und Mundpflege erfasst.

1. Welche Ergebnisse liegen vor und wie sind sie zu werten?

Die Verteilung über drei markante Alterskohorten ist der Abbildung 1a zu entnehmen. Bezogen auf die Gesamtstichprobe ist zusätzlich festzustel-

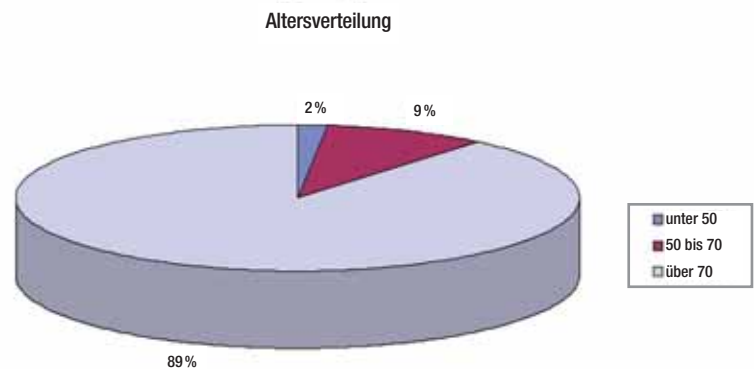


Abb. 1a: Altersverteilung proportional

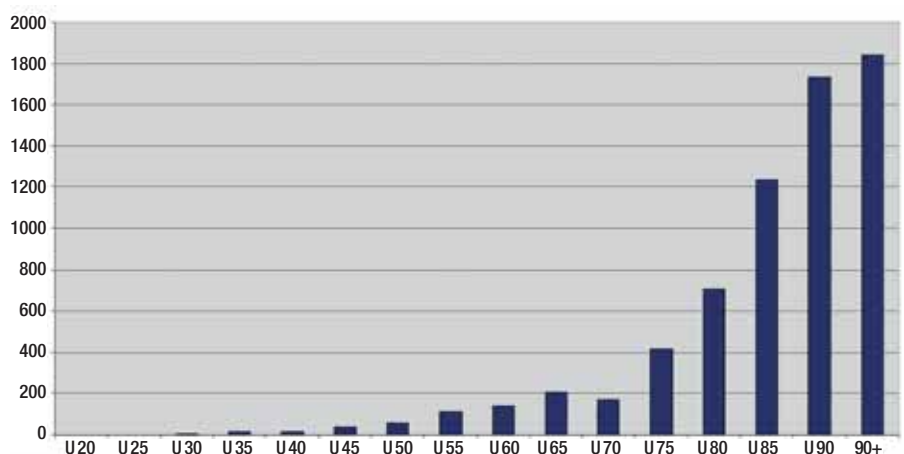


Abb. 1b: Altersverteilung absolut

len, dass über 53% der Bewohner älter als 85, davon wiederum die Hälfte älter als 90 Jahre sind. 16,8% gehören der Altersgruppe 70 bis 80 an. Wenn auch glücklicherweise selten, so gibt es jedoch auch weitaus jüngere Bewohner in Thüringer Pflegeheimen. In der vorliegenden Datensammlung waren immerhin 34 Bewohner (1,1%) jünger als 40 Jahre.

Interessant die Geschlechterverteilung – $\frac{3}{4}$ aller untersuchten Patienten sind Frauen. Der über die Einstufung in eine Pflegestufe abgebildete Pflegebedarf stellt sich wie folgt dar: 37% besitzen die Pflegestufe I, 42% die Pflegestufe II, 21% die Pflegestufe III (Abbildung 2). 5,9% aller Bewohner haben keine Pflegestufe, bedürfen aber dennoch einer stationären Betreuung.

Pathologische Veränderungen – Zahn- und Mundschleimhauterkrankungen

Von Zahnerkrankungen (Karies, Abrasionen, erosive Zahnschäden, scharfen Füllungskanten u. a.)

sind durchschnittlich 26,9% der Bewohner betroffen, in der Pflegestufe 3 wiederum jeder Dritte (33,0%). Bei Mundschleimhauterkrankungen (parodontale Defekte, Zahnstein, subgingivale Konkremente u. a.) zeichnet sich ein ähnliches Bild. Durchschnittlich 26,3% aller Bewohner haben Befunde, wobei in der Pflegestufe III jeder Dritte (32,2%) auffällig war (Abb. 3).

Interessant ist die Auswertung über Zahnersatz

64% der Bewohner tragen Zahnersatz. Bedenklich: Mehr als jeder dritte Zahnersatz (36%) weist Mängel auf. Das Fehlen von Zahnersatz verteilt sich in den Pflegestufen I bis III wie folgt: 26, 34 und 56%. Daraus folgt, dass gerade in der Gruppe der Höchstpflegebedürftigen mehr als jeder Zweite keinen Zahnersatz besitzt (oder benötigt??). Kein Zahnersatz bedeutet nicht immer Zahnlosigkeit oder ausreichende Restbezahnung. Häufig besteht auch auf Grund allgemeiner Umstände (Demenz, Spasmen, Schluckstörungen u. a.) die

Unmöglichkeit, speziell herausnehmbaren Zahn-ersatz zu tragen.

Wie sieht die Zahn- und Mundpflege in den besuchten Einrichtungen aus?

Mit zunehmendem Alter sowie mit steigender Pflegestufe wächst der Anteil der Pflege durch Mitarbeiter des jeweiligen Wohnbereiches. Grob verallgemeinert kann eingeschätzt werden, dass bei Pflegestufe I ca. 1/3, bei Pflegestufe II ca. 2/3 und bei Pflegestufe III eine nahezu vollständige Übernahme dieses Parts durch Pflegekräfte geleistet wird. Der positive Effekt der Zahnpflege ist belegbar: Bei zweimaliger Pflege täglich ist ein geringerer Anteil an Zahn- und Munderkrankungen festgestellt worden. Insgesamt erfreulich ist, dass ca. 3/4 aller Bewohner zweimal täglich eine Zahnpflege durchführen (lassen).

2. Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen?

Zunächst belegen die Untersuchungsergebnisse einen umfassenden Behandlungsbedarf. Jeder dritte Senior (34,2 %) äußerte den Wunsch auf Behandlung und Betreuung, darunter auch zahlreiche ohne Befunde im o. g. Sinne. Nach Einschätzung der zahnärztlichen Kollegen vor Ort war bei 78 % aller untersuchten Bewohner eine Behandlung möglich (!). Compliance vorausgesetzt, gibt es somit bei einem nicht unerheblichen Anteil von Bewohnern stationärer Pflegeeinrichtungen durchaus spezifischen Betreuungsbedarf.

Aus vertragzahnärztlicher Sicht erscheinen deshalb die folgenden Gedanken wichtig:

- In den nächsten Jahren tritt objektiv eine deutliche Zunahme pflegebedürftiger Menschen in stationären Einrichtungen ein.
- Bei (postuliert) etwa gleichbleibendem Eintrittsalter in eine Pflegeeinrichtung steigt durchschnittlich die Zahl vorhandener bzw. ersetzter Zähne je Bewohner.
- Ein zusätzlicher Bedarf entsteht durch die (postuliert) langfristig längere Lebenszeit und damit Verweildauer in der stationären Betreuung.
- Damit existieren ein wachsender Bedarf sowie die Notwendigkeit einer adäquaten zahnärztlichen Betreuung auch in diesem Lebensabschnitt.
- Vorsorgeuntersuchungen und diverse Prophylaxemaßnahmen sind lebenslang begleitende Maßnahmen zum Erhalt oraler Strukturen sowie jeglicher Zahnersatzformen. Ein Abbruch der bis zum Eintritt in die stationäre Pflege

geleisteten therapieerhaltenden Betreuung gefährdet den bis dahin erreichten Status und stellt auch alle bis dahin geleisteten Schritte in Frage.

- Betreuungsintervalle und -inhalte sind für diesen Patientenkreis vergleichbar zur bis dahin geleisteten hauszahnärztlichen Betreuung weiterhin sinnvoll und notwendig. Insbesondere auf die Pflegesituation angepasste prophylaktische Maßnahmen können den bis dahin erhaltenen Mundgesundheitszustand weiter sichern oder auch verbessern helfen.
- Die zahnärztliche Vorortbetreuung dieser Bevölkerungsgruppe bedarf entsprechender Absprachen und Regelungen zwischen den Pflegeeinrichtungen und beteiligten Zahnärzten. Kooperationsverträge i. S. des § 119 Abs. 2 SGB V können einen solchen organisatorischen Rahmen bilden.
- Der festgestellte hohe Anteil der Zahnpflege durch Mitarbeiter der Pflegeeinrichtung bestätigt die Notwendigkeit der Einbeziehung dieser Kräfte in entsprechende Unterweisungs- und Fortbildungsmaßnahmen. Auf Grund eines wachsenden Anteils von Teil-

zeit- und Leihmitarbeitern im pflegerischen Bereich sind diese ggf. in entsprechenden Zeitintervallen zu wiederholen.

- Geeignete Rahmenbedingungen für zahnärztlich-kurative Behandlungen sind für die Fälle zu schaffen, die am Pflegebett bzw. im Wohnbereich des Patienten nicht erbringbar sind. Denkbar hierbei sind z. B. zahnärztliche Behandlungseinrichtungen in den jeweiligen Pflegeeinrichtungen bzw. Regelungen zum (unkomplizierten) Transport in die jeweilige Zahnarztpraxis bzw. stationäre Einrichtung.
- Auch bei Außer-Haus-Behandlungen bleiben die Regelungen für delegierbare Leistungen entsprechend BZÄK-Empfehlungen aufrecht erhalten. Eine Substitution durch Mitarbeiter pflegerischer Einrichtungen ist nicht möglich.
- Jegliche Behandlung außerhalb der Zahnarztpraxis unterliegt den gleichen Anforderungen wie unter Praxisbedingungen. Verantwortlich hierfür ist der ausführende Zahnarzt. Erschwerende Umstände rechtfertigen diesbezüglich keine niedrigeren Standards. Das Wirtschaftlichkeitsgebot ist auch hier zu beachten.

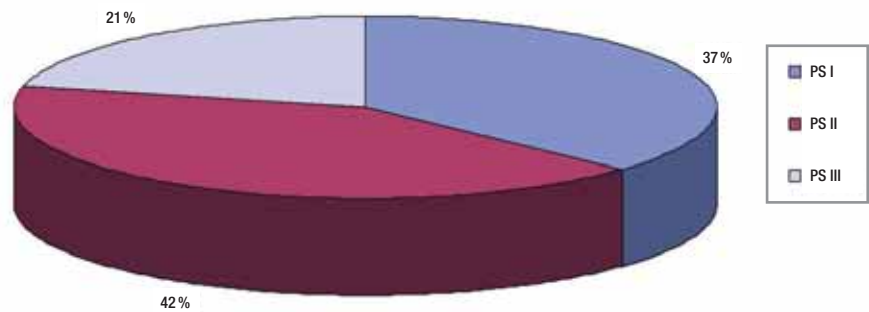


Abb. 2: prozentuale Verteilung der Pflegestufen

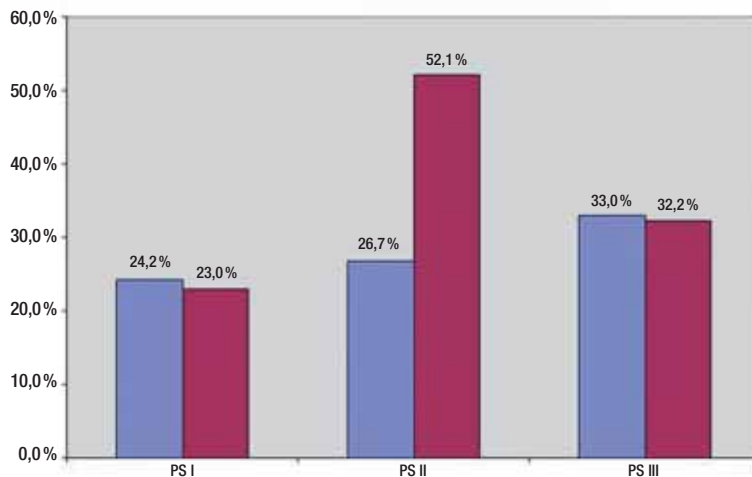


Abb. 3: Häufigkeit von Zahn- und Munderkrankungen in den Pflegestufen

Grafiken: Dr. Tesch

Stellungnahme Lachgassedierung

Der Einsatz von Lachgas in der Zahnarztpraxis

Von Dr. Michael Gilanschah

Der Einsatz von Lachgas beim Zahnarzt ist ein seit Jahren kontrovers diskutierter Punkt. Auch innerhalb der unterschiedlichen Fachgesellschaften ist es nicht möglich, eine gemeinsame Linie zur Handhabung dieser Technik zu finden, was den Zahnarzt vor die Herausforderung stellt, seine Arbeitsweise neutral und unvoreingenommen zu bewerten, ob diese im Falle einer juristischen Auseinandersetzung einer Prüfung standhält. Mein Artikel soll einen Denkanstoß darstellen und die anwendenden Kollegen für Risiken sensibilisieren, die vielleicht auf den ersten Blick nicht deutlich sind. Insgesamt fallen zwei Stellungnahmen in die Betrachtung:

- I. Stellungnahme der ZÄK Westfalen-Lippe, veröffentlicht 2/2012. Diese wurde auch von der ZÄK Hamburg im HZB 1/2013 S. 10 ff. veröffentlicht. Im Weiteren römisch I.
- II. Gemeinsame Stellungnahme aus dem Wiss. Arbeitskreis Kinderanästhesie der DGAI (Deutsche Gesellschaft für Anästhesie und Intensivmedizin) 2013, veröffentlicht in den Zahnärztlichen Mitteilungen vom 16.10.2013, S. 58 ff. Im Weiteren römisch II.

In der Stellungnahme I wurde unter anderem gefordert: „Somit ist es zwingend erforderlich, bei allen Formen der Analgosedierung eine weitere – entsprechend qualifizierte – Person mit der Durchführung und Überwachung des Analgosedierungsverfahrens zu betrauen.“ Eine Personalunion von behandelndem Zahnarzt und Sedierungsleiter wurde somit ausgeschlossen. Doch wie soll so etwas in der zahnärztlichen Praxis umgesetzt werden? Eine entsprechend qualifizierte Person gibt es nicht in der Zahnarztpraxis. Die zahnmedizinische Fachangestellte hat keinerlei Ausbildung in der Analgosedierung, und was die Sache noch schlimmer macht, selbst wenn der verantwortliche Zahnarzt guten Willens ist, seine Fachangestellte fortzubilden, wird er feststellen, dass es gar keine Fortbildungskurse gibt, die ihm dies ermöglichen. Die einzige Personengruppe, die diese Anforderung im Moment erfüllt, sind Anästhesieschwestern. Diese sind extrem gesuchte Spezialisten und werden mit Sicherheit kein Interesse haben, in rechtlichen Grauzonen mitzuwirken. Was bedeutet dies im Falle einer juristischen Auseinandersetzung? Sollte sich also eine Mutter über das Verhalten ihres Kindes postoperativ wundern und vielleicht aus nicht objektivierbaren Gründen zu dem Schluss kommen, dass ihr Kind in der Analgosedierung beim Zahnarzt Schaden genommen

hat, wird es in der Regel zum Prozess kommen. In erster Linie werden Aufklärung und richtlinienkonforme Durchführung im Vordergrund stehen. Wird hier also schon zwangsläufig festgestellt, dass der Zahnarzt bewusst gegen diese Richtlinie verstoßen hat, passiert Folgendes: Die Beweislast dreht sich um, und der Zahnarzt muss beweisen, dass das Kind keinen Schaden genommen hat. Dies wird praktisch unmöglich sein, und der Zahnarzt wird mit Schadensersatzansprüchen und vielleicht auch lebenslangen Rentenanprüchen konfrontiert, die u. U. auch nicht durch seine Haftpflichtversicherung gedeckt sind.

Im weiteren Text (I) wird auf die Stellungnahme der DGAI verwiesen, die eindeutig fordert, dass „Sedierung bzw. Analgosedierung nur durch Anästhesisten und Pädiater mit intensivmedizinischen Kenntnissen durchgeführt werden sollten (...). Der Sedierende müsse die Basis und die weiteren lebensrettenden Maßnahmen bei Kindern sicher beherrschen, eine suffiziente Maskenbeatmung durchführen können, Techniken der Atemsicherung kennen und einen Venenzugang sicher schaffen können“. Um es verkürzt auf den Punkt zu bringen: Der sedierende Zahnarzt wird im Falle einer Komplikation am Fachwissen eines Anästhesisten gemessen. Trotzdem kommt man nicht umhin, die Sedierung mittels Lachgas als eine sehr sichere Technik zu umschreiben. Besonders in jüngster Zeit bekommt sie auch wieder einen großen Aufschwung. Sie ist auch wieder in den universitären Blick geraten, wo man sich anscheinend des Problems bewusst war und eine gemeinsame Stellungnahme (II) mit der DGAI formuliert hat. Ziel war sicherlich, für den Zahnarzt Rechtssicherheit zu schaffen und die Analgosedierung wieder in den therapeutischen Bereich des Möglichen zu rücken. Doch ist das wirklich gelungen? Schon der Blick auf das Autorenverzeichnis macht klar, wie hier die Kräfteverteilung liegt. Von 6 Autoren stammen 2 aus dem universitären zahnmedizinischen Bereich, und 4 Autoren stammen aus Kliniken für Anästhesiologie. Beim Fazit der Stellungnahme (II) wird klar, warum.

Im Kern liegt auch in dieser abgemilderten Stellungnahme (II) das Problem in den persönlichen Voraussetzungen. Vom Monitoring wird nicht nur eine Pulsoxymetrie gefordert, sondern auch eine Überwachung der Atemfrequenz. Eine Pulsoxymetrie ist preisgünstig zu haben, die Sensoren können mehrmals verwendet werden. Ein Monitor zur Überwachung der Atemfrequenz ist schon sehr viel aufwendiger. Diese Preise

liegen zwischen 2.000–4.000 €, und die Sensoren sind systembedingt lediglich einmal zu verwenden (Preis ca. 25 € pro Sensor). Investitionen dieser Größenordnung sind sicher nur für Praxen sinnvoll, die ein hohes Aufkommen an Patienten haben. Ferner werden aber auch praktische Kompetenz und theoretisches Wissen in der Kinderreanimation gefordert. Da muss man sich schon fragen, wie viele Zahnärzte praktische Erfahrung in der Kinderreanimation besitzen? Ich zum Glück nicht.

Als letzter Punkt wird allgemein das Erkennen von Komplikationen und deren Management gefordert. Dies ist so allgemein gehalten, dass hierunter praktisch das komplette Fachwissen der Anästhesie Platz hat. Das Fazit der Stellungnahme (II) sagt dann ja auch eindeutig, dass „der Einsatz von Lachgas (...) aus Sicht der Deutschen Gesellschaft für Anästhesie und Intensivmedizin im o. g. Umfang vertretbar ist.“ Dies schließt wieder den Kreis zu meiner Einleitung und dem Hinweis auf die Zusammensetzung der Autoren dieser Stellungnahme. Eindeutig wird hier also bestätigt, dass die Richtlinienkompetenz für den Einsatz von Lachgas in der Zahnarztpraxis nicht in den zahnärztlichen Fachgesellschaften liegt, sondern eindeutig bei der DGAI. Der zahnärztliche Kollege wird in jedem Fall am Fachwissen des Facharztes für Anästhesie gemessen werden. Der zahnärztliche Arbeitsplatz wird den Anforderungen eines Anästhesieplatzes entsprechen müssen. Meine dringende Empfehlung kann abschließend nur sein, eine äußerst genaue Prüfung der eigenen Situation in seiner Praxis durchzuführen.

Wir möchten uns auf diesem Wege recht herzlich bei dem Autor Herrn Dr. Michael Gilanschah für die Nachdruckgenehmigung bedanken.



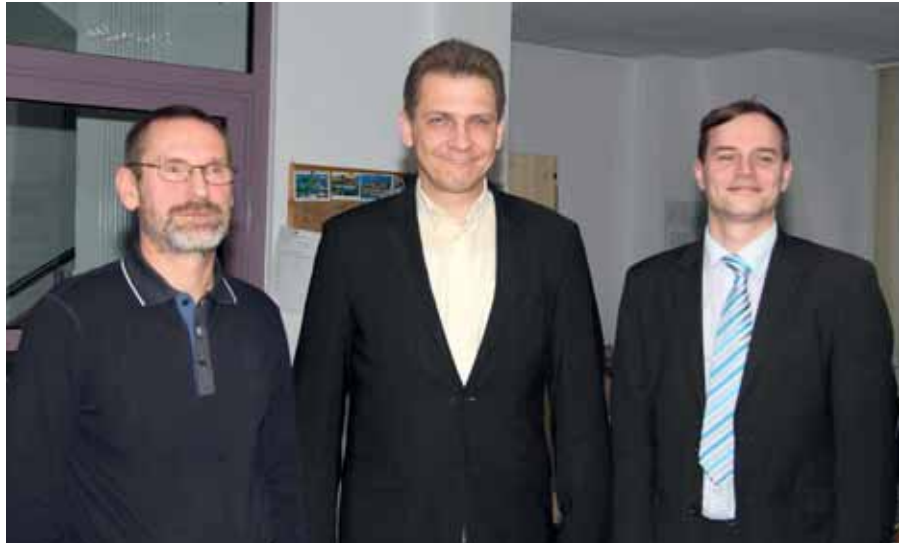
Herr Dr. Michael Gilanschah ist Referent für Kinderzahnheilkunde in der LZK Hamburg und der KZV Hamburg

Auf Kuck folgt Carl

Personelle Veränderungen in der KZV-Verwaltung

Von Dr. Karl-Heinz Müller

Wie schon von der Herbst-VV berichtet, hat sich auch in der Buchhaltung der KZV-Verwaltungs- und Abrechnungsstelle eine Veränderung ergeben. Bernhard Kuck, geboren am 5. Juli 1952, verheiratet und 2 Kinder, verlässt nach über 20 Jahren die KZV Thüringen in den wohlverdienten Ruhestand. An der Universität Leipzig absolvierte er ein Studium der Ökonomie, welches er mit dem Diplom-Ökonom beendete. Seit dem 1. April 1993 hat er eine effiziente EDV-gestützte Buchhaltung für uns Zahnärzte aufgebaut. Der ehemalige Hauptgeschäftsführer Michael Werner hat einmal gesagt: „Eine gute Verwaltung für die Thüringer Zahnärzte erkennt man daran, wenn die Praxen gar nichts oder wenig von den gesetzlichen Vorgaben spüren.“ Diesen Grundsatz hat Bernhard Kuck täglich in der KZV gelebt. Er hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass die Thüringer Zahnärzte pünktlich jeden Monat die Monats- und Abschlagszahlungen und viermal im Jahr die verbliebenen Quartalsrestzahlungen erhielten. Für sein unaufgeregtes, ruhiges und kontinuierliches Tun sei ihm an dieser Stelle nochmals gedankt. Wir wünschen ihm und seiner Gattin in seinem nun beginnenden Lebensabschnitt viel Spaß mit seinen Enkeln, beim Reisen und Wandern und natürlich viel Gesundheit und Lebensfreude.



Bernhard Kuck, der „alte“ Buchhalter, Roul Rommeiß, Stellv. Vorstandsvorsitzender, Stefan Carl, der „neue“ Buchhalter (v.l.n.r.)
Foto: Dr. Tesch

Sein Nachfolger Stefan Carl, geboren am 6. Oktober 1977, hat an der Fachhochschule Erfurt sein Diplombetriebswirtschaftsstudium absolviert. Herr Carl war in den letzten Jahren für die KZBV tätig und konnte sich somit bereits in die Besonderheiten der körperschaftlichen Haushalts- und Buchführung hineindenken. Er ist Thüringer und wird nunmehr mit seiner Frau und seinem Kind hier sesshaft. Am 1. Oktober 2013 hat Stefan Carl

seine Arbeit in der KZV Thüringen aufgenommen. Herr Kuck ist bis Januar 2014 noch verfügbar und kann von Herrn Carl jederzeit befragt werden. Somit ist ein nahtloser Übergang gewährleistet.

Für die, für uns Zahnärzte wichtige und wesentliche Arbeit wünschen wir Stefan Carl die nötige Kraft, Gesundheit und das Wohlfühlen in der KZV Thüringen.

Treffen der VV-Vorsitzenden

Kassel, 20. und 21.09.2013

von Harald Schnetzler,
Vorsitzender der hessischen VV

Die Vertreterversammlungsvorsitzenden der KZVen trafen sich dieses Mal auf Einladung der KZV Hessen. Angedachter Tagungsort war Frankfurt der Sitz der KZV Hessen. Wegen der "Internationalen Automobil Ausstellung", die an diesem Wochenende für „Alle“ geöffnet war, gab es in Frankfurt weder einen Tagungsraum noch ausreichende Hotelzimmer. Kassel, die Metropole Nordhessens, wurde dann als Tagungsort gewählt.

Die beiden Vorsitzenden der hessischen Vertreterversammlung Harald Schnetzler und Dr. Christoph Lassak begrüßten die stellvertretende Vorsitzende der KZV Berlin Kollegin Fotiadis-Wentker und die Amtskollegen der übrigen KZVen in Kassel.

Es war das 17. Treffen der Vorsitzenden zum standespolitischen Erfahrungsaustausch. Die bevorstehende Vertreterversammlung der KZBV in Frankfurt wurde besprochen. Hier wurde besonders die Notwendigkeit der beantragten Beitragserhöhung heftig diskutiert. Ein immer wieder angesprochenes Thema ist der in vielen KZVen fehlende standespolitische Nachwuchs. Erfolg versprechende Rezepte junge Kolleginnen und Kollegen zu motivieren sind nicht in Sicht. Neben weiteren allgemeinen gesundheitspolitischen Themen wurde natürlich auch über die am nächsten Tag statt findende Bundestagswahl und mögliche Koalitionen spekuliert.

Das nächste Treffen ist geplant für den 29. März 2014 in Münster.



Vorsitzende der Vertreterversammlungen
Foto: KZV Hessen

Sternstunden der Zahnmedizin

Jenaer Zahnärzte präsentieren sich bei Langer Nacht der Wissenschaften

Die 5. Lange Nacht der Wissenschaften in Jena spannte am 29. November 2013 erneut einen weiten Bogen von Medizin und Lebenswissenschaft, über Chemie, Biologie und Geologie bis hin zu Wirtschaft, Literatur und Kunst. Auch Zahnärzte öffneten bis Mitternacht ihre Behandlungsräume.



Janik Pasold aus Apolda am Bohrer

Knapp 350 Einzelveranstaltungen zogen trotz schlechten Novemberwetters mehr als 8.500 Besucher auf Entdeckertour. Bereits zur Eröffnung um 18 Uhr drängten sich die Menschen vor dem Implantarium von Dr. Joachim Hoffmann und Dr. Christin Drothen. Hier begeisterten Mikroskope, die Vorstellung moderner Behandlungstechnik sowie zahlreiche Aktionen zum Mitmachen die Gäste.

„Kleine Zahnärzte“ konnten Zähne bohren, reparieren, ziehen und implantieren. Eine lange Schlange bildete sich vor den Abdruckformen, in denen große Dinosaurierzähne aus Gips gegossen und anschließend bemalt werden konnten.



Benedikt Bock (l.) demonstriert die Fluoreszenz-Analyse von Zahnbelag.



Birgit Groh aus Saalfeld (M.) testet in der Universitäts-Zahnklinik das Operationsmikroskop.

Beim Zahnarzt sparen: Wie geht das?

Dr. Günther Ratz informierte derweil in seiner Praxis über Sparmöglichkeiten beim Zahnersatz. Ihn ärgerte die Werbung der Krankenkasse DAK für Zahnersatz aus dem Ausland, die bei den Patienten falsche Erwartungen wecke sowie die gute und auch preiswerte Arbeit der heimischen Dentallabore in ein falsches Licht stelle.

„Wir müssen unsere Patienten in die Lage versetzen, selbstbewusst eine gute Entscheidung über die Zahnersatz-Variante zu treffen“, sagte Dr. Ratz. Dann lud er die nächsten Gäste zur Besichtigung des zahntechnischen Labors ein, das er gemeinsam mit fünf weiteren Jenaer Zahnarztpraxen betreibt.



Lukas aus Kahla untersucht den Phantomkopf.

Karius und Baktus zum Leuchten gebracht

Großes Interesse herrschte auch in der Universitäts-Zahnklinik: Hier warfen die Besucher verblüffende Blicke durch Operationsmikroskope und sahen Operationsfilme in 3D.

Im Behandlungsraum nebenan machte Benedikt Bock mit einer intraoralen Kamera Karius und Baktus ohne Anfärben sichtbar. Die Kamera erstellte hierbei zwei Bilder: ein klinisches Bild mit normaler Optik und ein zweites Bild mit fluoreszierender Optik. Das Fluoreszenz-Bild zeigte den erstaunten Besuchern dann Zahnbelag, Karies sowie Beläge auf Zahnersatz an. Zusätzlich konnte die Dichte der Bakterienbesiedelung mit einer Farbkodierung auf dem Bildschirm abgelesen werden.



Samuel Thierbach aus Jena befestigt Implantate im Kiefer.

Fotos: LZKTh

Während in der Zahnklinik der letzte Patient gegen 23:30 Uhr vom Behandlungsstuhl rutschte, wurde es im Implantarium noch einmal spannend: Bis zur Geisterstunde kommentierte und erklärte Dr. Joachim Hoffmann seinen Gästen schrecklich schaurige OP-Filme zur Implantation und Transplantation im Kieferbereich. LZKTh

„Ich stehe für eine offene Diskussionskultur“

Die neue FVDZ-Bundesvorsitzende Kerstin Blaschke im Gespräch mit Dr. Christian Junge

Ihre Wahl zur Bundesvorsitzenden auf der FVDZ-Hauptversammlung im Oktober war spektakulär und spannend. Was sind Ihre Hauptziele für den FVDZ?

Der FVDZ versteht sich als die Stimme der Zahnärzteschaft in Deutschland. Als politisch unabhängiger Verband sind wir die Interessenvertretung der freiberuflich tätigen Zahnärzte. Wir treten für eine freie Berufsausübung ein – im Interesse unserer Kollegen und zum Wohle der Patienten.

Um unserer Verantwortung gegenüber den Patienten gerecht werden zu können, benötigen wir angemessene Arbeitsbedingungen, den nötigen Freiraum in der Praxis und natürlich eine leistungsgerechte Vergütung. Wir haben einen verantwortungsvollen Beruf, den wir gern ausüben – doch die äußeren Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Gemeinsam mit meinem Team stehe ich für eine offene, zielorientierte Diskussionskultur innerhalb des Verbandes und für ein geschlossenes, einheitliches Auftreten nach außen. Wir setzen dabei auf einen konstruktiven Dialog. Im Interesse unseres Berufsstandes wollen wir bei gemeinsamen Angelegenheiten mit einer Stimme sprechen und unsere Positionen gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten.

Wie sieht Ihre Bilanz nach den ersten hundert Tagen aus?

Positiv! Wir haben unsere Themen und Ziele festgelegt, Arbeitsgruppen gebildet und Zuständigkeiten innerhalb des Bundesvorstands definiert. Erste Gespräche mit der KZBV und der BZÄK, bei denen wir gemeinsame Themen erörtern wollen, sind ebenfalls terminiert.

Erfolgreich waren wir auch bei der Suche nach neuen strategischen Partnern: So werden wir zukünftig gemeinsam mit dem Verband medizinischer Fachberufe Lösungsvorschläge für den Nachwuchs- und Fachkräftemangel in den Zahnarztpraxen erarbeiten. Mit dem Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen sind wir dabei, das strittige Thema „Praxislabore“ aufzuarbeiten.

Welchen Stellenwert haben die Zahnärzte heute im Gesundheitswesen und in den gesundheitspolitischen Diskussionen?



Kerstin Blaschke und Dr. Christian Junge

Foto: LZKTh

Die Zahnmedizin hat einen hohen Stellenwert. Die von uns Zahnärzten erbrachten flächendeckenden Prophylaxeleistungen beispielsweise nehmen deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein. Sie sind zum Vorbild für andere medizinische Früherkennungsprogramme geworden. In punkto demografischer Wandel hat die Zahnärzteschaft außerdem mit dem Konzept zur Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen neue Maßstäbe im Gesundheitswesen gesetzt.

Es ist wissenschaftlich belegt, dass Erkrankungen in der Mundhöhle das Risiko für bestimmte Allgemeinerkrankungen verstärken können. Unsere Aufgabe ist es, die besondere Bedeutung der Zahnmedizin und die wichtige Rolle der Zahnärzte stärker in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung. Darauf können wir nicht nur zu recht stolz sein, sondern sollten auch häufiger in der Öffentlichkeit darüber sprechen.

Welche Rolle spielt Thüringen in Ihrer Arbeit als Bundesvorsitzende? Wird es z. B. das renommierte Weimarer Forum weiterhin geben?

Die Probleme und Anliegen der Thüringer Kollegenschaft sind mir natürlich präsent. Allerdings sind viele Themen, wie Probleme mit Krankenkassen und Abrechnungsstellen, Fachkräftemangel oder wachsende Bürokratie, länderübergreifend evident.

Das Weimarer Forum für Zahnärztinnen wird es weiterhin geben und auch an dem Veranstaltungsort werden wir festhalten. Als Thüringerin schlägt mein Herz natürlich für Weimar. Die Stadt hat sich als Veranstaltungsort für unseren Kongress bewährt und etabliert. Das Weimarer Forum ist für viele Kolleginnen aus dem gesamten Bundesgebiet inzwischen zu einer festen Institution geworden. Auch das ZoRA-Netzwerk werden wir ausbauen und um neue Themenfelder erweitern.

Lässt Ihnen Ihr Engagement im FVDZ genügend Zeit für Ihre zahnärztliche Tätigkeit in Schmalkalden und für einen regelmäßigen Kontakt zu Patienten?

Der Verbandsvorsitz und die damit verbundenen Aufgaben nehmen natürlich ihre Zeit in Anspruch. Aber daran war ich auch in den vergangenen Jahren als stellvertretende Bundesvorsitzende bereits gewöhnt. Ein effektives Zeitmanagement und eine koordinierte Zusammenarbeit mit den Vorstandskollegen sind deshalb wichtige Säulen meiner Arbeit.

Meine Verbandstätigkeit ist ein Ehrenamt – hauptberuflich bin ich weiterhin Zahnärztin in meiner Praxis in Schmalkalden. Die Arbeit und der Kontakt zu meinen Patienten sind mir wichtig und gleichzeitig die Basis für mein freiberufliches Engagement. Mit der nötigen Unterstützung – die ich in meiner Praxis und durch meine Kollegen vor Ort habe – lässt sich diese Aufgabe auch bewältigen.

Weiterbildung einmal anders

Alte Freunde in Afrika wiedergetroffen und neue hinzugewonnen

Von Dr. Ulrich Schwarz

In den ersten Jahren, als die „Dentists for Africa“ noch „Arzt- und Zahnarztthilfe Kenya“ hießen, behandelten in erster Linie deutsche Einsatzleistende die Menschen vor Ort. In den letzten Jahren jedoch haben zunehmend Kenianer die Arbeit am Patienten übernommen. Dies ist wegen der starken Ausweitung des Projekts auf mittlerweile zwölf Stationen gar nicht anders möglich und auch gewünscht, denn das Motto des Vereins lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Unter den kenianischen Behandlern sind nicht nur externe Angestellte, sondern zunehmend auch Patenkinder aus unserem eigenen Waisenprojekt, die nach ihrem Schulabschluss ein Collegestudium zum Oral Health Officer, Zahntechniker oder Medical Engineer absolviert haben.

Für uns ist es wichtig, mehr über den Wissensstand unserer kenianischen Partner zu erfahren bzw. diesen zu verbessern. Ziel des Kenia-Aufenthalts Anfang Oktober 2013 von Dr. Hans-Joachim Schinkel, Dr. Dieter Bolten und mir war daher die erstmalige Durchführung einer Seminarwoche, zu der alle Angestellten der Units sowie die Studenten aus dem Patenschaftsprojekt eingeladen waren.

Wissensaustausch erhöht die Behandlungsqualität

In Kenia organisierte Sister Fabian alles perfekt. Wir hatten ideale Rahmenbedingungen, um drei wichtige Ziele zu erreichen: Erstens durch Wissensvermittlung und -austausch die Qualität der zahnmedizinischen Behandlung zu erhöhen, zweitens die Organisation der Praxen zu verbessern und drittens uns gegenseitig besser kennen zu lernen.

Die Präsentationen der kenianischen Teilnehmer über Kariesursachen und -ätiologie, Prävention, Fluoridierung, Mundhygiene, Anästhesietechniken, Kavitätenpräparation, Parodontalerkrankungen, Kommunikation und Patientenführung, Management von Infektionskrankheiten, Post-expositionsprophylaxe gegen eine HIV-Infektion, Wartung der zahnärztlichen Geräte, Anästhesietechniken und Indikationen und Risiken bei Lokalanästhesie und Zahnextraktionen gaben uns Einblick in ihren Wissenstand.

Zwei Lehrer der Mount-Kenya-University nahmen an drei Tagen teil und gestalteten das Programm eines Tages mit Präsentationen über Prothetik und Kieferorthopädie. Die Möglichkeiten der Wissensanwendung werden massiv durch die kaum vorhandenen materiellen Mittel eingeschränkt.

Empfehlungen müssen in Kenia praktikabel sein

Von deutscher Seite aus referierten Dr. Schinkel über Amalgam- und Compositeanwendung sowie Fissurenversiegelung, Dr. Bolten über Parodontalerkrankungen und ihre Auswirkungen auf den Organismus und ich über die Prinzipien endodontischer Behandlung.

Von meiner Seite erforderte dieser Vortrag eine intensive Vorbereitung. Einerseits muss die empfohlene Systematik unter den Bedingungen in Kenia auch praktikabel sein. Nicht alles, was hier in Deutschland praktiziert wird, ist ohne weiteres nach Kenia transferierbar. Andererseits war da auch die sprachliche Hürde, drei Stunden auf Englisch zu referieren...

Letztendlich klappte alles gut. Die regen Nachfragen in den Diskussionen zeigten, dass unsere kenianischen Freunde reges Interesse daran haben, ihren Wissensstand zu erweitern. Einhellig wurde der Wunsch nach einer Fortsetzung und Vertiefung geäußert. Die Idee eines Hands-on-Kurses Endodontie wurde geboren.

Einheiten vom kenianischen Dentaldepot installiert

Nach Abschluss des Seminars haben wir noch die Stationen in Kisii, Asumbi, Nyabondo und Kapnyeberai bereist. In Kisii und Asumbi wurden im letzten Jahr neue Einheiten installiert, die erstmals direkt in Kenia gekauft und vom kenianischen Dentaldepot installiert wurden. Dies ist allerdings nicht mit der von unserem Techniker Torsten Rauch gewohnten Gründlichkeit geschehen, so dass nachgearbeitet werden muss.

Dr. Schinkel führte unzählige Gespräche mit unseren kenianischen Partnern. Zu guter Letzt haben wir in Kapnyeberai auch noch selbst für einen Tag Bohrer, Spritze und Zange in die Hand genommen und eine Schulklasse saniert.

Das Fazit der Reise fällt durchweg positiv aus. Die Beziehungen zu unseren kenianischen Partnern wurden vertieft. Nicht nur sie, sondern auch wir haben dazugelernt. Wir haben alte Freunde wiedergetroffen und neue hinzugewonnen.

Zu danken haben wir allen Hochschullehrern und Kollegen, die Material für das Seminar in Text und



Alle am Zahnprojekt beteiligten Sisters und Patenkinder

Foto: Dentists for Africa

Bild zur Verfügung gestellt haben: Dr. Ina Schüler von der Universität Jena, Professor Bernd Klaißer von der Universität Würzburg, Professor Roland Frankenberger von der Universität Marburg sowie Dr. Annekathrin Behrendt aus Fronhausen. Dank gebührt auch den Firmen Ivoclar Vivadent (Frau Öhler) und Komet Brasseler (Herr Langner) die Composite und Adhäsivmaterial bzw. Instrumentarium für endodontische Behandlung zur Verfügung gestellt haben, mit dem wir unsere Studenten ausrüsten konnten.

Jahreshauptversammlung des Vereins in Heiligenstadt

Vom 25. bis 27. Oktober 2013 fand überdies die Jahreshauptversammlung der Dentists for Africa in Heilbad Heiligenstadt statt. Dr. Bernd Benedix

aus Mittweida und Dieter Lochmann aus Schweinfurt wurden wegen des stetig steigenden Arbeitsaufwands zusätzlich in den Vorstand gewählt.

Ein Thema war auch der weitere Ausbau der Altgoldaktion, die die wichtigste Einnahmequelle des Vereins geworden ist. Alle Kollegen sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen! Der Erlös kommt zum allergrößten Teil notleidenden Menschen in Kenia, in erster Linie aber Waisenkinder zugute. Die Verwaltungskosten des Vereins betragen nur rund 6 Prozent.

Unser Kammerpräsident Dr. Andreas Wagner, selbst Vereinsmitglied und Pate eines Waisenkinds, besuchte trotz weiterer Termine am selben Wochenende die Versammlung und hielt ein Grußwort. Die hohe Wertschätzung, die die „Dentists for Africa“ bei der Landeszahnärztekammer

genießen, gibt Vertrauen und Sicherheit für die weitere Arbeit.

Nicht zuletzt stieß die Informationsveranstaltung bei Kollegen, die an einem Einsatz interessiert sind, auf positives Echo. Die nächste Hauptversammlung wird vom 10. bis 12. Oktober 2014 in Berlin stattfinden.

Internet: www.dentists-for-africa.org

Spendenkonto:

Dentists for Africa e. V.

Konto: 140046798

BLZ: 82051000 (Sparkasse Mittelthüringen)

Dr. Ulrich Schwarz ist niedergelassener Zahnarzt in Erfurt und Mitglied der Dentists for Africa e. V.

Mit Ruhe, Umsicht und Feingefühl

Dr. Ingo Schmidt zum 70. Geburtstag

Von Dr. Gisela Brodersen

Über die Vergänglichkeit der Zeit rätseln die Menschen, seit es sie gibt. Doch ist dieses Rätsel bis dato noch ungelöst und wird es wohl auch bleiben. Wie kommt es also, dass die Zahl „70“ bei Dr. Ingo Schmidt nunmehr die zurückgelegten Jahre beschreibt? Es war doch erst vor kurzem, dass die Zahl „65“ erschienen ist.

Kurz vor Weihnachten, genau am 22. Dezember 1943, wurde Ingo Schmidt in Gräfenroda geboren. Nach Grund- und Oberschule in Arnstadt begann er ein Studium der Zahnmedizin 1962 in Berlin. Die Stadt hatte auch zu DDR-Zeiten viel zu bieten: Man konnte in Museen und der ein oder anderen Kunstausstellung auch einmal dem Studienstress entfliehen. Noch während des Studiums lernte er seine Frau kennen und lieben, beide heirateten 1965.

Seine berufliche Laufbahn begann Ingo Schmidt nach dem Staatsexamen 1968 in Bad Langensalza mit der Fachzahnarzt-Ausbildung. 1971 wechselte er nach Ludwigslust und später nach Schwerin. Hier blieb er mit seiner Familie bis 1987.

Zahnärztliche Niederlassung bereits zur DDR-Zeit

Mit der Übernahme der väterlichen Praxis in Arnstadt begann Ingo Schmidt seine zahnärztliche Tätigkeit in eigener Niederlassung und das immerhin noch zu DDR-Zeiten.

Seine menschliche und fachliche Erfahrung brachte und bringt Ingo Schmidt seit 1990 in die zahnärztliche Berufspolitik ein: Besonders hervorzuheben ist seine aktive Mitwirkung bei der Gründung und dem Aufbau der Landeszahnärztekammer Thüringen. Nicht zu vergessen ist auch seine Tätigkeit als Kreisstellenvorsitzender in Arnstadt.

Engagierte Schlichtung von schwierigen Streitigkeiten

Von 1993 bis 2007 war Ingo Schmidt Mitglied des Vorstandes der Landeszahnärztekammer. Seit dieser Zeit kümmert er sich bis heute auf ruhige und kollegiale Art um das Referat Gutachterwesen und Schlichtung und leistet hervorragende Arbeit. Als Mediator schlichtet er engagiert und mit fachlicher Kompetenz auch schwierige Streitigkeiten zwischen Patienten und Zahnärzten.

Es ist eine schwierige Tätigkeit, bei der starke Emotionen eher fehl am Platz sind. Mit Ruhe, Umsicht und dem nötigen Feingefühl meistert Ingo Schmidt jede noch so schwierige Situation. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sicher auch schon persönlich davon profitieren können. Kaum zu glauben ist es, dass er neben seinen Aktivitäten für die Kollegenschaft, die eigene Praxis über Jahre erfolgreich führt.

Ein Familienleben gibt es natürlich auch: Seine Familie, seine Hobbys und auch sein Enkelkind



Dr. Ingo Schmidt

Foto: LZKTh

sind bei Ingo Schmidt keine Nebensache. Es bleibt zu wünschen, dass die Zeit dafür noch lange reicht.

Der Vorstand der Landeszahnärztekammer und ich ganz persönlich, wünschen Dir, lieber Ingo, viel Gesundheit und Tatkraft für die weitere Arbeit und die vielen schönen Dinge des Lebens.



Dr. Gisela Brodersen ist niedergelassene Zahnärztin in Erfurt und Vorstandsreferentin der Landeszahnärztekammer für die GOZ und Patientenberatung.

Wir gratulieren!

zum 92. Geburtstag:

Herrn SR Dr. Kurt Eberhard, Eisfeld (17.1.)

zum 88. Geburtstag:

Frau SR Emmy Berlit, Sonneberg (7.1.)

zum 86. Geburtstag:

Herrn SR Dr. Hans-Karl Heil,
Jena-Ammerbach (4.1.)

Herrn SR Dr. Horst Lüdecke, Gotha (15.1.)

zum 83. Geburtstag:

Frau Dr. Christa Falk, Gera (6.1.)

zum 81. Geburtstag:

Frau SR Evelyn Werner, Meiningen (11.1.)

Herrn Prof. em. Dr. Dr. Wolfgang Müller,
Erfurt (12.1.)

Herrn SR Dr. Ulrich Kurbad,
Wintzingerode (15.1.)

zum 78. Geburtstag:

Herrn Dr. Engelbert Knieknecht, Weimar (22.1.)

Frau Dr. Jutta Grzempa, Ilmenau (23.1.)

zum 77. Geburtstag:

Herrn Dr. Horst Köhler, Leutenberg (24.1.)

Frau Dr. Elisabeth Stech, Jena (28.1.)

zum 76. Geburtstag:

Frau MR Dr. Maria-Helene Kuprian, Gera (9.1.)

zum 75. Geburtstag:

Herrn SR Dr. Reinhard Keller, Gera (26.1.)

zum 74. Geburtstag:

Herrn MR Dr. Erwin Burkhardt,
Zella-Mehlis (10.1.)

Herrn Dr. Johannes Bock, Weimar (21.1.)

Frau SR Dr. Helga Sauer, Merkers (27.1.)

zum 73. Geburtstag:

Frau Barbara Greiner-Henschel, Jena (25.1.)

Frau Dr. Loni Schorch, Eisenach (26.1.)

zum 72. Geburtstag:

Frau Dr. Anneliese Grimm, Frauenwald (9.1.)

Herrn Erhard Steidl, Kindelbrück (16.1.)

zum 71. Geburtstag:

Frau Dr. Marianne Husung, Erfurt (5.1.)

zum 70. Geburtstag:

Herrn MR Dr. Volker Richter,
Friedrichroda (8.1.)

Herrn MR Dr. Friedrich Müller,
Neuengönna/OT Porstendorf (20.1.)

Herrn PD Dr. Norbert Raschke,
Erfurt/OT Tiefthal (20.1.)

Herrn Dr. Ralph Thomä, Schweina (21.1.)

Herrn Frank Reschke, Apolda (23.1.)

zum 67. Geburtstag:

Herrn Michael Hoder, Kamsdorf (8.1.)

Frau Dr. Christl Lucas, Jena (28.1.)

zum 66. Geburtstag:

Herrn Manfred Gölfert, Eisenach (16.1.)

Frau Birgit Sinn, Eisenach (17.1.)

Frau Kristina Klemm, Weimar (25.1.)

zum 65. Geburtstag:

Frau Monika Fiedler, Friedrichroda (5.1.)

Frau Sigrid Panse, Gera (18.1.)

zum 60. Geburtstag:

Herrn Uwe Opitz, Gera (9.1.)

Frau Doloris Frenzel, Gotha (12.1.)

Herrn Dr. Cornelius Lemke, Jena (16.1.)

Frau Sonja Seja, Dornburg-Camburg (22.1.)

Herrn Thomas Koch, Sömmerda (28.1.)

Kleinanzeigen

Praxisabgabe

Nach Bayern? – Augsburg (260.000 EW)
ZA-Praxis (alleingesessen) in Top-Lage, mit
Super-Team und guten Zahlen, 3–4 Beh.plätze,
ges. Behandl.spektrum (außer KFO), vorerst
Zus.arbeit möglich
Augsburg, Tel. 0176/45 04 91 22

Praxisübernahme

FZÄ für KFO sucht Praxis zur Übernahme.
Chiffre: 334

Stellenangebote

Erfurt/Innenstadt-Fußgängerzone, etablierte
ZA-Praxis sucht Juniorpartner/-in mit Mög-
lichkeit der späteren Praxisübernahme. Gute
Verdienstmöglichkeiten, modernes Ambiente,
sympathisches Team.
Chiffre: 335

ZA, mind. 3 Ja. BE, VZ o. TZ mit Perspektive,
Raum Erfurt ges.
Chiffre: 336

Innovative Zahnarztpraxis mit implan-
tologischer Ausrichtung sucht baldmöglichst
angest. ZA/ZÄ oder Assistenten mit Berufs-
erfahrung.
Chiffre: 337

Chirurgisch interessierter Zahnarzt auch PA
und Implantologie (m/w) zur Verstärkung
unseres Teams gesucht. Jede Form der
Zusammenarbeit möglich. Die Zahnärzte
Steinpleis, www.dz-s.de
Bewerbungen bitte an: fischer@dz-s.de

Stellengesuch

ZÄ sucht Teilzeit-Anstellung in Erfurt.
Tel. 0176/61 34 25 79

Wir trauern um

Herrn Zahnarzt
Dr. Günther Presser
aus Bad Salzungen

* 2. August 1929
† 6. Januar 2014

Landes Zahnärztekammer Thüringen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen

Verkäufe

EMDA Behandlungseinheit zur Ersatzteil-
gewinnung für 900,00 EUR zu verkaufen.
Tel. 0172/79 08684

Verkaufte OP-Einrichtung, OP-Lampe, OP-
Tisch, chirurg. Sauger, 2 Behandlungshocker.
Gebraucht, aber fast neuwertiger Zustand,
Preis nach VB. Selbstabholung.
Tel.: 03641/828082

Antworten auf Chiffre-Anzeigen bitte mit der Chiffre-Nr. auf dem Umschlag an: Kleine Arche GmbH, Holbeinstr 73, 99096 Erfurt.

Den Kleinanzeigenauftrag finden Sie im Internet unter: www.kleinearche.de/download

tzb

Anzeige

tzb

Anzeige